



Dr. Edmund Stoiber:

Benachteiligung von Frauen weiter abbauen

Anlässlich des Internationalen Weltfrauentags rief der Ministerpräsident dazu auf, an der Verwirklichung der Chancengleichheit mitzuwirken. **Seite 2**



Dr. Gabriele Pauli:

Landratsamt Fürth nun mit Sitz in Zirndorf

Die Landrätin ist überzeugt, dass die modernen Arbeitsplätze zu einem effizienteren Ablauf vieler Bearbeitungsvorgänge beitragen werden. **Seite 10**



Dieter Döhla:

Forderung nach Investitionsprogramm

Hofs Oberbürgermeister betont die Notwendigkeit eines Programms, das keine Eigenanteile bei der Finanzierung von Vorhaben voraussetzt. **Seite 11**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 13. März 2003

54. Jahrgang / Nummer 6

KPV-Hauptausschuss mit Erwin Huber:

Dschungel aus Verordnungen lichten!

Im Rahmen der jüngsten Sitzung des KPV-Hauptausschusses in München übergab der Landesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV), Weilheims Landrat Luitpold Braun, dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Erwin Huber, 60 konkrete Vorschläge zur Entbürokratisierung. Diese werden nun der Projektgruppe Entbürokratisierung der Bayerischen Staatskanzlei vorgelegt. „Deregulierung und Entbürokratisierung sind zentrale Aufgaben der Staatsregierung“, erklärte Minister Huber, der mit den Kommunalpolitikern über Chancen und Wege diskutierte, den Dschungel aus Gesetzen und Verordnungen zu lichten.

„Die Kommunalverwaltungen stöhnen unter der Last vieler überflüssiger Regelungen“, so Landrat Luitpold Braun. Dies zeigen die von der KPV gesammelten Vorschläge zur Entbürokratisierung. Viele Regelungen hätten sich schlichtweg überlebt. So sei zum Beispiel die Anzeigepflicht von Landpachtverträgen ohne jegliche praktische Relevanz. Die Bearbeitung der Anzeigen behindere jedoch die Ver-

waltung. Handlungsbedarf sieht Braun auch im umfangreichen Statistikwesen. „Jede Gemeinde

ist mittlerweile mit der Erstellung statistischer Daten überbeschäftigt, deren Notwendigkeit sehr fraglich ist“.

Mehr Freiraum schaffen

Bayern könne bei der Deregulierung bereits sichtbare Erfolge vorweisen, betonte Staatskanzleichef Huber. Durch die Reform der bayerischen Bauordnung seit 1994 habe man den Bauherren insgesamt 120 Millionen Euro an Gebühren erspart. „Die Verwaltungsreform ist aber noch nicht an ihrem Ziel“, stellte der Politiker fest. Auch in Bayern (Fortsetzung auf Seite 2)

Landrätepräsident Theo Zellner:

Nein zu Verordnungsvorschlägen der EU-Kommission zur Agenda 2000

„Die Verordnungsvorschläge der EU-Kommission zur Halbzeitbewertung der Agenda 2000 hätten verheerende Auswirkungen für den ländlichen Raum und sind deshalb abzulehnen“, so Landrat Theo Zellner, Cham, Präsident des Bayerischen Landkreistags. „Ich bin meinem Kollegen, Landrat Dr. Xaver Bittl, Eichstätt, daher außerordentlich dankbar, dass er sich in einem Gespräch mit dem Bayerischen Bauernverband über die drohenden Auswirkungen der Verordnungsvorschläge informiert und den Bayerischen Landkreistag um Unterstützung gebeten hat.“

Zwar seien die von der EU-Kommission festgelegten Ziele grundsätzlich zu akzeptieren, die Maßnahmen sind jedoch wegen ihrer negativen Auswirkungen auf die gegenwärtigen Strukturen im ländlichen Raum nachdrücklich abzulehnen, so Zellner.

Alle Vorschläge der EU-Kommission wiesen in eine Richtung: Abbau der Marktordnungssicherheiten. Preisliche und mengenmäßige Sicherheiten würden vermindert und die Landwirt-

schaft in der EU insgesamt solle auf Weltmarktgrundsätze verwiesen werden.

Verlust der Wettbewerbsfähigkeit

Kleinere und mittlere Familienbetriebe in der Milchviehhaltung verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit. Aber auch größere Milchviehbetriebe wären zur Aufgabe ihres bisherigen Betriebs gezwungen. Die Be-



Konkrete Vorschläge zur Entbürokratisierung überreichten die Mitglieder des KPV-Hauptausschusses dem Leiter der bayerischen Staatskanzlei. Unser Bild zeigt (v.l.) Landrat Luitpold Braun, Staatsminister Erwin Huber und Bürgermeister Gerhard Weber.

Städtetagsvorsitzender Josef Deimer:

Wir wollen unser Geld zurück!

Kommunales Investitionsprogramm der Bundesregierung stößt auf breite Ablehnung

Keinen Gefallen findet der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, an den Plänen der Bundesregierung, ein kommunales Investitionsprogramm aufzulegen. Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, die nicht abgerufenen Gelder aus dem Fonds für die Folgen der Flutkatastrophe in Höhe von einer Milliarde Euro den Kommunen für Investitionen zur Verfügung zu stellen. Insgesamt hofft die Bundesregierung, dass damit Investitionen von rund drei Milliarden Euro ausgelöst werden. Deimer: „Das ist eine Fehlspekulation“.

Der Vorsitzende des Städtetags weist darauf hin, dass viele Städte heute schon nicht mehr in der Lage sind, ihre laufenden Ausgaben zu finanzieren. Umso weniger sind sie in der Lage, Gelder für zusätzliche Investitionen aufzubringen, auch wenn sie einen Teil davon vom Bund finanziert bekämen. Nutznießer eines solchen Programms wären lediglich Kommunen, die derzeit überhaupt noch investieren können. Damit würden aber keine zusätzlichen Impulse ausgelöst, sondern lediglich Mitnahmeeffekte.

Für Deimer entbehrt die Absicht der Bundesregierung nicht einer gewissen Dreistigkeit. Zuerst wurden die Kommunen für den Fonds der Flutkatastrophe kräftig abkassiert und dann gibt man ihnen großzügig das Geld in Form von Investitionsprogrammen zurück. Deimer: „Da spielen wir nicht mit. Wir wollen die Gelder ohne Zweckbindung für unsere Haushalte, damit wir überwintern können. Es wäre nur recht und billig, wenn auch der Bund und die Länder auf ihre Rückzahlungsansprüche zu Gunsten der Kommunen verzichten würden, nachdem sie uns bei der Gewerbesteuer-Umlage zu Unrecht das Geld aus der Tasche ziehen“.



Neues von Sabrina
Eine Beerdigung siebter Klasse wird - geht es nach den Vorstellungen des Bürgermeisters - ein Stadtratsantrag erhalten, der eine „City-Maut“ für Autos, Laster und Motorräder vorsieht. Seine Vorzimmerperle sieht dies ebenso: Große Gebührenkeulen und Zollhäuschen an die Einfallstraßen der Stadt - nein Danke. S. 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Als beispielhaft in Bayern gilt bei der Nutzung regenerativer Energien die Gemeinde Greußenheim, Kreis Würzburg. Sie war das Ziel einer Fahrt des BBV Dillingen mit den Bürgermeistern des Kreises Dillingen. Im Bild die Teilnehmer vor dem Biomasseheizwerk in Greußenheim. Erste Reihe (von rechts): Bürgermeister Leo Schrell, Buttenwiesen, Bürgermeister Bruno Scheiner, Greußenheim, BBV-Kreisgeschäftsführer Eugen Bayer, BBV-Kreisobmann Hermann Kästle, Kreisbäuerin Marianne Kampfinger, Hauswirtschaftsdirektorin Klementine Jahn vom Landwirtschaftsamt Wertingen. Die GZ berichtet ausführlich über die Fahrt auf Seite 6. Bild: -jdt-

Sie lesen in dieser Ausgabe

Abbau von Standards	Seite 2
Altenmedizin, Therapie und Pflege vernetzen sich	2
Niedrigere Sozialabgaben für Familien mit Kindern	3
GZ-Kolumne Gerhard Weber:	
Erfurt - schon vergessen?	3
Freie Wähler verstehen sich als bürgerliche Alternative	3
Die ganze Welt der Bildung	3
Mobilfunk - vom Luxusartikel zum Alltagsgut	4
GZ-Fachthemen	
Energieversorgung -Energiesparmaßnahmen	4 - 7
Kommunale Baupolitik	8 - 10
Aus den bayerischen Kommunen	9 - 12

Bayerische Bürgermeister fordern:

Abbau von Standards

Kommunale Vorschläge zum Bürokratieabbau

„Ein gewaltiges Echo hat unser Aufruf an Bayerns Gemeinden gefunden, Vorschläge für eine umfassende Deregulierung und Eindämmung der Gesetzes- und Vorschriftenflut zu machen“ freute sich Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, angesichts der Flut an Zuschriften aus allen Landesteilen. Mehrere Hundert Vorschläge, wie der ausufernden Regulierungs- und Reglementierungswut des Staates Einhalt geboten werden könnte, haben die Geschäftsstelle des Bayerischen Gemeindetags in München bereits erreicht.

„Schon bald werden wir einen fundierten Katalog für konkrete Bürokratie-Abbaumaßnahmen dem Bayerischen Landtag und der Bayerischen Staatsregierung vorlegen können. Ich erwarte dann ein mutiges Handeln des Landtags und der Ministerien“ meinte Brandl.

Ärgerliches Zuschusswesen

Beispielhaft für bürokratische Hemmnisse nannte Brandl das Zuschusswesen. „Der Staat bietet in fast allen Bereichen finanzielle Förderanreize an. Wenn die Gelder aber dann von den Kommunen abgerufen werden sollen, stellt der Staat gewaltige Hürden in den Weg.“ Umfängliche und oftmals schwer verständliche Antragsformulare müssen in oft tagelanger Arbeit ausgefüllt. Verwendungsnachweise beigebracht werden. „Der Verwaltungsaufwand steht in vielen Fällen in keinem Verhältnis mehr zum in Aussicht gestellten Zuschuss. So kann's nicht weitergehen“ klagt Brandl.

Übermäßige Berichts- und Statistikpflicht

Auch die übermäßige Berichts- und Statistikpflicht der Gemeinden gegenüber staatlichen Stellen, die starren Raumgrößen-Vorgaben im Schul- und Kindergartenwesen sowie die komplizierten Vorschriften für Ausschreibungen zur Beschaffung von Material und Gerätschaften für das Rathaus liegen Bayerns Bürgermeistern schwer im Magen.

Über 300 Vorschläge zum

Bürokratieabbau sichtet die vom Bayerischen Gemeindetag ins Leben gerufene Arbeitsgruppe „Abbau von Standards“ bereits. Dabei kristallisierten sich - beispielhaft für viele weitere - folgende Haupt„Ärgernisse“ bei den Kommunen heraus:

Die bayerischen Gemeinden müssen für eine Vielzahl staatlicher Stellen (Ämter für Landwirtschaft, Landratsämter, stati-

stisches Landesamt, etc.) umfangreiche Statistiken und Berichte abliefern. So werden beispielsweise eine Haushaltsansatzstatistik, eine Bautätigkeitsstatistik, eine Jugendhilfestatistik, eine Kindergärtenstatistik und eine Viehzählung gefordert. Der Sinn vieler derartigen Statistiken muss hinterfragt werden.

Schwerfällige Verfahren

In vielen Förderbereichen (z.B. Städtebauförderung, Förderung nach Finanzausgleichsgesetz, Zuschüsse zur Beschaffung von Feuerwehrausrüstung) ist das Antrags- und Abwicklungsverfahren schwerfällig und komplex. Die Erteilung eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns und die Zuweisung pau-

schalierter Beträge könnten den Antragsstau abbauen und das Förderverfahren verschlanken.

Ausschreibungen bei Beschaffungen oder zur Bestellung von Leistungen sind an komplizierte Verdingungs- und Honorarordnungen geknüpft. Diese lösen einen immensen Verwaltungsaufwand aus und verteuern Beschaffungen und Baumaßnahmen. Eine Liberalisierung bei der Anwendung dieser Vorschriften ist dringend erforderlich.

Im Melde- und Personenstandswesen muss derzeit noch vieles per Hand ausgefüllt und auf dem Postweg versandt werden. Hier sollten neue Möglichkeiten für mehr EDV-Einsatz vorgesehen werden.

Die Einführung einer kind- und nutzungszeitbezogenen Kindergartenförderung in den nächsten Jahren ist mit einem weiteren Aufbau von Bürokratie verbunden. Hier sollte der Staat ebenfalls von neuen Standards Abstand nehmen.

Stoiber zum Internationalen Weltfrauentag:

Benachteiligung von Frauen weiter abbauen

Anlässlich des Internationalen Weltfrauentags am 8. März hat der CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber alle gesellschaftlichen Kräfte aufgefordert, aktiv an der Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern mitzuwirken. „Bei der Gleichstellung von Mann und Frau wurden bereits wichtige Zielmarken erreicht, dennoch sind Frauen in vielen Lebenssituationen noch immer benachteiligt“, erklärte Stoiber. Diese Benachteiligung gelte es, Schritt für Schritt weiter abzubauen.

Als wichtigste Rahmenbedingung nannte der CSU-Vorsitzende die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Wir wollen Frauen eine echte Wahlfreiheit zwischen Berufstätigkeit, Familienarbeit oder der Wahrnehmung beider Aufgaben ermöglichen.“ Die CSU stehe deshalb für einen flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten.

„Bayern hat mit 66,1 % die höchste Frauenerwerbsquote aller Flächenländer in Deutschland. Diese Quote ist ein Indiz für den Erfolg bayerischer Frau-

en- und Familienpolitik.“ konstatierte Stoiber. Bei der Betreuung von unter 3-jährigen liege Bayern im bundesweiten Vergleich an der Spitze der westlichen Flächenländer. „Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen.“ Mit zusätzlichen 313 Millionen Euro werde Bayern bis 2006 deshalb 30.000 weitere Betreuungspunkte schaffen. Aber auch über die Betreuung von Kindern hinaus habe Bayern wichtige Weichenstellungen getroffen. Frauen bei ihrer individuellen Gestaltung ihrer Lebensplanung zu unterstützen. Dazu gehörten die Einführung des

Landeserziehungsgeldes, mit dem Bayern bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen habe, die finanzielle Unterstützung von Qualifizierungsprojekten, Beratungsstellen und Forschungsvorhaben, eine Existenzgründungsoffensive für Frauen mit speziellen Existenzgründungsberatungsstellen und nicht zuletzt die Einführung des bayerischen Gleichstellungsgesetzes im Öffentlichen Dienst im Jahr 1996.

Warnung vor Diskriminierung

Der Ministerpräsident warnte jedoch davor, die Lebensgestaltung berufstätiger Frauen gesellschaftlich stärker anzuerkennen als die Lebensgestaltung von Frauen, die sich ausschließlich der Familienbetreuung widmen wollten. Kritik übte er insbesondere an der Familienpolitik von SPD und Grünen. „Rot-Grün setzt einseitig auf die Erwerbs-

Altenpflege/HealthCare:

Altersmedizin, Therapie und Pflege vernetzen sich

Die Einführung des Fallpauschalensystems, die Frage nach der Finanzierung des Gesundheitssystems und nicht zuletzt der demographische Wandel - alles aktuelle Themen, die das Gesundheitswesen vor große Herausforderungen stellen. Eine ideale Möglichkeit, sich zu informieren bietet der neue Fachkongress „Health Update“ und der „Altenpflegekongress“ (mit dem 2. Deutschen Pflgetag). Beide Kongresse finden im Rahmen der Altenpflege/HealthCare, der europaweit größten Fachmesse für die gesamte Pflege, vom 25. bis 27. März 2003 im Messezentrum Nürnberg statt.

Diese Dreierkombination - eine Fachmesse und zwei Kongresse - bietet genau das, was Gesundheitspolitiker fordern: nämlich die konkrete Vernetzung der Versorgungsstrukturen“, erklärt Claus Rättich, Bereichsleiter Eigenveranstaltungen bei der NürnbergMesse. Erwartet werden zu diesem Großereignis etwa 45.000 Fachbesucher und rund 700 Aussteller. Das Fachangebot umfasst die Bereiche Pflege, Therapie, Küche und Hauswirtschaft, Raumeinrichtung, Gebäudetechnik, Dienstleistungen, Facility Management, Informations- und Kommunikationstechnik, Organisation und Verwaltung, Fachliteratur, Medien, Aus-, Fort- und Weiterbildung. **DK**

Ein Teil der Zuschüsse werde erst dann ausbezahlt, wenn der Nachweis vorhanden ist, sagte der Minister. Manche kommunalen Gremien benötigen für dessen Erstellung jedoch außerordentlich viel Zeit. 1999 sei ein Pilotprojekt gestartet worden, den Verwendungsnachweis durch eine Verwendungsberechnung zu ersetzen. Beteiligte Ministerien hätten allerdings erklärt, dadurch nicht entlastet worden zu sein. Das Pilotprojekt habe kein Ergebnis gebracht, weshalb der Beschluss gefasst worden sei, den alten Verwendungsnachweis wieder einzuführen.

Der Fehler dieses Denkvorganges, so Huber, sei gewesen, dass man die Belastung im kommunalen Bereich nicht einkalkuliert habe. In der CSU-Landtagsfraktion gebe es mittlerweile Überlegungen, dies zu prüfen. Beim Staatsministerium der Finanzen und dem Rechnungshof seien die Widerstände allerdings nach wie vor erheblich, zur Verwendungsberechnung zurückzukehren, da der Aufwand hierfür gewaltig sei.

Mehr freie Mittel

In der anschließenden lebhaft geführten Diskussion vertrat der stellvertretende KPV-Landesvorsitzende und Bürgermeister von Regensburg, Gerhard Weber, die Ansicht, dass die Arbeit nicht erst beim Verwendungsnachweis beginnt. Zunächst bedürfe es unzähliger Gespräche, um Essentials abzuklären. Den Kommunen müssten mehr freie Mittel zur Verfügung gestellt werden, dadurch könnte Abhilfe geschaffen und damit im Umkehrschluss das ganze Zuschusswesen zurückgefahren werden. Die Verantwortung liege somit freilich bei den Kommunen, wodurch ein gewisser Einfluss des Staates natürlich verloren gehe.

Der Bürger produziert die Bürokratie selbst

Starnbergs Landrat Heinrich Frey kam zu der Überzeugung, dass die Frage der Bürokratie eine Gemengelage darstelle. Man müsse schon darauf hinweisen, dass der Bürger die Bürokratie auch selbst produziere. Frey: „Wenn ich daran denke, dass zum Beispiel in meinem Landkreis 20 Prozent der Bauanträge nur noch mit anwaltschaftlicher Vertretung eingereicht werden, dann ist das ein Papierkrieg ohnegleichen.“ Der Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, MdL Dr. Herbert Kempfle, meinte, es sei nicht immer nur so gewesen, dass der bürokratische Aufwand angewachsen wäre. Ein Lichtblick sei hier beispielsweise die Auskunft des Bayerischen Städtetags, wonach dieser 1995/96 126 Vorschläge zum Abbau der Bürokratie eingebracht habe und die Hälfte davon berücksichtigt worden sei. Das Thema werde folglich nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch behandelt.

Präzisere Gesetze

Laut Neu-Ulms Landrat Erich-Josef Geßner „werden wir von Bürokraten regiert und nicht mehr von der Regierung“. Der Abbau von Bürokratie müsse oben beginnen. Es sei eine befremdliche Entwicklung, dass das Richterrecht immer mehr Raum greife. Für den Bürger sei dies nicht mehr nachvollziehbar. Geßner sprach sich dafür aus, Gesetze präziser zu formulieren. Der Vorsitzende der Nürnberger CSU- Stadtratsfraktion, Klemens Gsell, gab allerdings zu bedenken, dass nicht jede neue Vorschrift gleichzeitig ein Mehr an Bürokratie bedeute; schließlich gebe es auch Vorschriften, die die Bürokratie entlasten könnten. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Erwin Habermann
87745 Eppishausen
am 2.4.

Bürgermeister Gerd Peschke
94336 Hunderdorf
am 25.3.

Bürgermeister Willi Hastreiter
93486 Runding
am 26.3.

Bürgermeister Johann Schott
91583 Diebach
am 26.3.

Bürgermeister Ottmar Mayr
86929 Penzing
am 29.3.

Bürgermeister
Gerhard Hallweger
83324 Ruhpolding
am 31.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Kögel
91245 Simmelsdorf
am 4.4.

Bürgermeister
Reiner Schachtner
84180 Loiching
am 27.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Herbert Zeidler
97236 Randersacker
am 1.4.

Oberbürgermeister
Ivo Holzinger
87700 Memmingen
am 4.4.

Bürgermeister Paul Anner
83128 Halfing
am 22.3.

Bürgermeister
Rudolf Schaupp
83471 Berchtesgaden
am 31.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Peter Bürgel
85221 Dachau
am 22.3.

Bürgermeister Josef Peutler
93090 Bach a. d. Donau
am 22.3.

Bürgermeister Walter Schnell
91126 Kammerstein
am 26.3.

Bürgermeister Walter Matzner
88138 Sigmarszell
am 29.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Michael Günther
63863 Eschau
am 4.4.

Bürgermeister Klaus Wagner
95466 Weidenberg
am 4.4.

Bürgermeister
Alfons Wallner
94366 Perasdorf
am 23.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Wildgruber
83080 Oberaudorf
am 1.4.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stefan Wolfshöndl
97218 Gerbrunn
am 24.3.

Dschungel aus Verordnungen...

(Fortsetzung von Seite 1)

müsse noch mehr Freiraum geschaffen werden, damit sich unternehmerische Initiative stärker als bisher entwickeln könne. Deshalb habe Ministerpräsident Stoiber alle Ministerien verpflichtet, bei künftigen Gesetzesvorschlägen genau zu prüfen und zu begründen, ob sie notwendig seien. „Eine neue Regelung darf nicht dazu beitragen, dass der rechtliche Rahmen für Bürger und Unternehmen insgesamt noch komplexer wird“, sagte Huber. „Wir müssen auch den Mut aufbringen, Gesetze im Ganzen aufzuheben.“ Die Staatsregierung hat bereits im Januar einen Gesetzentwurf verabschiedet, der eine Vereinfachung des Landesrechts durch die ersatzlose Streichung von 56 Gesetzen, Verordnungen und Einzelnormen vorsieht.

Internet-Umfrage

In der Deregulierungskommission unter Leitung von Prof. Dr. Herbert Henzler werde der wirtschaftliche Aspekt aufgrund von Überreglementierung auf den Prüfstand gestellt, berichtete Huber. Über das Internet habe die Kommission im Februar Unternehmen darum gebeten, mittels Fragebögen ihre Erfahrungen kundzutun. Rund 2000 Unternehmen hätten sich innerhalb von zwei Wochen beteiligt, eine

erste grobe Sichtung sei nun vorgenommen worden. Das Ergebnis: Die großen Unternehmen haben keine nennenswerten Probleme, sie sind in der Lage, der Verwaltung Paroli zu bieten. Klagen, so Huber, kämen vielmehr von kleineren und mittleren Betrieben. Für sie sowie für Existenzgründer stelle die überbordende Bürokratie eine Bremse dar.

Keine Sonderwirtschaftsgebiete

Eine erste Erkenntnis aus diesem Ergebnis dürfe es allerdings nicht sein, Sonderwirtschaftsgebiete einzurichten, meinte der Staatsminister. Vielmehr sei zu überlegen, eine sektorale Abgrenzung dahingehend zu erwirken, „dass bestimmte Vorschriften für den Kleinbetrieb nicht oder nur abgemildert gelten“. Besondere Erleichterungen müssten dort geschaffen werden, wo die Belastung groß sei. In einer Regierungserklärung soll noch vor der Sommerpause zu den Entbürokratisierungs-Vorschlägen Stellung bezogen werden.

Ein zweiter Aufgabenbereich der Kommission umfasse Regelungen, die auf die kommunale Verwaltung zukommen, betonte der Chef der Staatskanzlei. Hierbei würden speziell die Standards unter die Lupe genommen. Die kommunalen Spitzenver-

bände seien gebeten worden, Vorschläge zuzuleiten. Laut Huber soll dazu übergegangen werden, die Eigenverantwortung in der Kommunalpolitik zu stärken: „Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden, von Hof bis Lindau muss nicht durchgehend nach der gleichen Norm verfahren werden. Wir als CSU rühmen uns, für das Subsidiaritätsprinzip einzutreten. Also müssen wir auch den Mut zur Lücke haben“, forderte der Minister.

Was die Normprüfung bei der Erlassung neuer Normen anbelangt, sei dafür Sorge zu tragen, nicht nur eine Ankündigung zu machen, sondern diese auch umzusetzen, erklärte Huber. Der Normprüfungsausschuss müsse dergestalt umgewandelt werden, „dass ein Vetorecht gegenüber einzelnen Ministerien vorhanden ist“. Deswegen werde der Ausschuss auch stärker mit Staatssekretären besetzt. Somit sei eine nicht unerhebliche Bremse vorhanden. Grundsätzlich sei nach dem Prinzip „Nur was unbedingt notwendig ist, muss auch gemacht werden“, zu verfahren. Hierzu werde auch eine Checkliste eingesetzt.

Verwendungsnachweise werden wieder eingeführt

In diesem Zusammenhang kam Huber auf das Thema Verwendungsnachweise zu sprechen.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber:

„Niedrigere Sozialabgaben für Familien mit Kindern!“

Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ feiert 25-jähriges Bestehen

In einer Grundsatzrede zur Familienpolitik anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ forderte der Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber die Berücksichtigung von Kindern bei den Sozialabgaben. Stoiber: „Die Konsequenz aus der demografischen Entwicklung ist: Wir müssen unseren Sozialstaat generationengerechter machen. Deshalb müssen die Sozialabgaben für Familien mit Kindern gesenkt werden. So können die von diesen Familien erbrachten Leistungen für den Generationenvertrag stärker berücksichtigt werden. Die Erziehungsleistung muss sich vor allem bei der Renten- und Pflegeversicherung auswirken. Völlig verfehlt ist die Forderung nach dem Herausnehmen der Kinder aus der Versicherung. Das ist mit mir nicht zu machen.“

Die Familienpolitik habe in Bayern schon immer eine herausragende Rolle gespielt. So biete Bayern im Gegensatz zu vielen Ländern ein Landeserziehungsgeld an und sei hinsichtlich Leistungshöhe und Bezugsdauer Spitzenreiter, betonte Stoiber. Stoiber: „Weniger Kinder bedeuten auch einen Verlust an Zukunftsdenken. Bayern setzt sich für eine familien- und kin-

derfreundliche Gesellschaft ein.“ Stoiber forderte von allen gesellschaftlichen Gruppen einen wesentlich stärkeren Einsatz für Familien und Kinder. Auch die Wirtschaft müsse noch stärker familienfreundliche Arbeitszeiten anbieten und Familientätigkeit noch mehr als bisher als Qualifikation betrachten. Stoiber lobte ausdrücklich das gemeinsame Förderprojekt von

Bayerischer Wirtschaft und Staatsregierung für eine familien- und frauenbewusste Praxis in kleinen und mittleren Betrieben. Auch der Staat und die Kommunen seien für die Vereinbarung von Familie und Beruf in der Pflicht. Stoiber: „Mit der Investition von 313 Millionen Euro in neue Kinderbetreuungsplätze bis zum Jahr 2006 löst die Politik in Bayern ihre Versprechen ein. Damit schaffen wir jährlich 6.000 neue Betreuungsplätze für Schulkinder und Kinder unter drei Jahren, also bis 2006 insgesamt 30.000. Dazu kommen Ganztagsbetreuung an Schulen und Ganztagschulen zur Erprobung innovativer Unterrichts- und Betreuungsformen.“

Beratung und Hilfe

Die Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ wurde für konkrete Beratung und Hilfe vor und nach der Geburt gegründet. Finanziert wird die Stiftung mit Zuschüssen des Freistaats und des Bundes, Zuwendungen der Kirchen und privaten Spendengeldern. Stoiber: „Die Gründung der Stiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ war ein weitblickender Akt. Herzstück des Konzepts ist die enge Verknüpfung von Beratung und Hilfe in einem ganzheitlichen Beratungsansatz.“ Über 240.000 Familien, Müttern und Kindern wurde nach Angaben Stoibers in den vergangenen 25 Jahren mit rund 330 Millionen Euro unbürokratisch geholfen.

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514
Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
eMail: info@gemeindezeitung.de

Bildungsmesse 2003 in Nürnberg:

Die ganze Welt der Bildung

Komplett ausgebucht: Rahmenprogramm belegt alle Räume

Vom 31. März bis 4. April 2003 findet die Bildungsmesse, die weltweit größte Fachmesse fürs Lehren und Lernen, zum ersten Mal in Nürnberg statt. Über 600 Aussteller zeigen fünf Tage lang ein breites Angebotsspektrum aus den vier Bereichen Kindergarten, Schule/Hochschule, Ausbildung/Qualifikation und Weiterbildung/Beratung. Rund 70.000 Fachbesucher werden zu diesem Großereignis erwartet. Neben der Fachmesse gibt es ein umfangreiches Rahmenprogramm mit rund 1.000 Veranstaltungen. „Unsere Kongressräume sind an allen Tagen komplett ausgebucht“, freut sich Roland Tannreuther von der Nürnberg-Messe, bei dem die Gesamtleitung der Bildungsmesse liegt. Ideelle Träger der Bildungsmesse sind der Deutsche Didacta Verband, Darmstadt, und der VdS Bildungsmedien, Frankfurt; Veranstalter ist die NürnbergMesse.

„Die ganze Welt der Bildung“ – so heißt das Motto der Bildungsmesse 2003, der größten Fortbildungsveranstaltung für Lehrer, Erzieher, Aus- und Weiterbilder. In sieben Hallen mit rund 60.000 m² Ausstellungsfläche präsentieren über 600 Aussteller neue Produkte und Dienstleistungen aus der Bildungsbranche. Das Messeangebot ist klar nach den vier Angebotsschwerpunkten Kindergarten (Halle 12), Schule/Hochschule (Hall 7, 7A, 8 und 9), Ausbildung/Qualifikation (Halle 10) und Weiterbildung/Beratung (Halle 11) gegliedert und schafft damit Transparenz für Besucher. Gezeigt wird jeweils ein umfangreiches Fachangebot, angefangen beim Bau von Bildungstätten über die Ausstattung und Einrichtung bis hin zu Lehr- und Lernmitteln, Beratungs- und Dienstleistungsangeboten. Eine Hallenübersicht gibt es im Internet unter www.bildungsmesse-nuernberg.de/hallenuebersicht.

Rahmenprogramm

Optimal ergänzt wird die Fachmesse durch ein vielseitiges und umfangreiches Rahmenprogramm mit rund 1.000 Veran-

staltungen. Das aktuelle Rahmenprogramm kann im Internet unter www.bildungsmesse-nuernberg.de/rahmenprogramm abgerufen werden.

Foren

Besondere Besuchermagnete sind auf jeder Bildungsmesse die ausstellerübergreifenden Foren und Sonderschauen, die direkt in den Messehallen stattfinden:

Im Forum Bildung in Halle 9 werden in diesem Jahr aktuelle Themen aus der Bildungspolitik wie PISA-Studie, Kerncurriculum, Bildungsfinanzierung, Lehreraus- und -fortbildung diskutiert. Um den Einsatz von neuen Medien im Unterricht geht es im Forum Multimedia in Halle 8. Dazu stellen Schulklassen in 30 Minuten dauernden Sessions Beispiele aus der Unterrichtspraxis vor.

Im Forum Ausbildung/Qualifikation, das in Halle 10 platziert ist, wird unter anderem über die Qualität der Berufsausbildung, neue Berufe oder die Ausbildung von Migrant(inn)en diskutiert.

Personalentwickler und Trainer können sich im Forum Weiterbildung/Beratung in Halle 11 auf den neuesten Informations-

stand bringen. Außerdem gibt es Aktionsflächen zu den Themen „Hochschule“ und „E-Learning und eHRM“ (electronic Human Resource Management). Für Kindergärtnerinnen und Erzieher werden die KiGA-Seminare im CCN West angeboten.

Sonderschauen

Sonderschauen wird es unter anderem zu folgenden Themen geben: Unterricht im Wandel, organisiert von Schulen ans Netz e. V. (Halle 8), Landwirtschaft und Ernährung – erleben lernen (Halle 7A), Förderung sozialer Kompetenzen / Konfliktlösungs-training durch erlebnispädagogische Klassenfahrten (Halle 7A), Intelligent mit Musik (Halle 7A), Trainercafé (Halle 11), Sinus – Körpererfahrung und Sexualerziehung im Kindergarten (Halle 12), Lernen mit Begeisterung (Halle 12), Infostand „Fortbildung für Erzieherinnen“ (Halle 12), Bundeswettbewerb Mechatronik (Halle 10), Schule lebt (Halle 7A), Zukunft gestalten lernen (Halle 7A), Montessoripädagogik in Deutschland – Education for life (Halle 12), Spiel- und Lernmaterial – Ein Blick zurück (Halle 12).

Preisverleihungen

Der deutsche Bildungssoftware-Preis digital wird am 1. April vergeben. Der Weiterbildungsinnovationspreis wird am 3. April verliehen. Mit diesem Preis zeichnet das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) innovative Weiterbildungs- und Qualifizierungskonzepte aus und setzt damit Signale für neue Entwicklungen der beruflichen Bildung.

GZ

Kolumne
Gerhard Weber

*Liebe Leserinnen
und Leser!*

Vor nicht einmal einem Jahr erschütterte die Bluttat von Erfurt unser ganzes Land. Andere, kaum weniger schreckliche Gewalttaten aus der jüngsten Vergangenheit müssen eigentlich noch allen in Erinnerung sein. Bei den Tätern wurde jeweils eine Vielzahl gewaltverherrlichender Videofilme sowie schwer jugendgefährdender Video- und Computerspiele sicher gestellt.

Nach Erfurt waren sich alle politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen einig, dass junge Menschen vor gewaltverherrlichenden Medieninhalten künftig konsequenter geschützt werden müssen. Bundeskanzler Gerhard Schröder begrüßte beispielsweise am 6.5.2002 die langjährige bayerische Forderung

Erfurt - schon vergessen?

nach einem generellen, altersunabhängigen Vermiet- und Verleihverbot für derartige Medien ausdrücklich. Wie schon häufiger fallen aber auch hier bei dieser Bundesregierung Wort und Tat weit auseinander.

Die Bayerische Staatsregierung hatte über den Bundesrat einen Änderungsentwurf zum Jugendschutzgesetz eingebracht, der unter anderem beinhaltete:

- ein Verbot von schwer jugendgefährdender Bildträger (Videofilme, DVDs, Video- und Computerspiele),
- ein Verbot von Videoverleihautomaten,
- ein Verbot von Killerspielen und
- ein Verbot für Darstellungen von Kindern und Jugendlichen in unnatürlicher, geschlechtsbetonter Körperhaltung auf Trägermedien.

Auch wenn vielleicht der allerletzte wissenschaftliche Beweis noch fehlen mag, so ist es doch unbestreitbar, dass mediale Gewalt so-



wohl kurzfristige als auch langfristige negative Auswirkungen auf das Verhalten von Kindern und Jugendlichen hat und dass sie zu einem ansteigenden Aggressionsniveau führen kann. Deshalb brauchen Kinder und Jugendliche einen nachhaltigen und konsequenten Schutz vor schädlichen Einflüssen auf ihre Persönlichkeits- und Wertentwicklung. Jugendschutz muss daher der wachsenden Gewaltbereitschaft gerade bei der jüngeren Generation entschieden entgegen treten. Das erst im Juni 2002 verabschiedete neue Jugendschutzgesetz wird diesem Anspruch nicht gerecht, weil

es gravierende Lücken aufweist. Die Bayerische Staatsregierung, insbesondere Sozialministerin Christa Stewens, verdient großes Lob dafür, dass sie mit ihrer Gesetzesinitiative diese Schwachstellen ausmerzen wollte. Was aber ist geschehen?

In der Bundestagsitzung vom 17. Januar 2003 lehnten die Redner der rot-grünen Mehrheit den vom Bundesrat bereits gebilligten Gesetzentwurf des Freistaats Bayern ab. Auch die Bundesregierung hatte eine negative Stellungnahme zu diesem Vorschlag aus Bayern abgegeben. Wenn sich die Meinung der SPD und der Grünen im weiteren Gesetzgebungsverfahren nicht noch ändert, so wird es keine Verbesserung des dringend erforderlichen Jugendmedienschutzes geben. Dabei wäre eine breite Allianz gegen Gewalt, in der Eltern und Pädagogen, Medienschaffende und politisch Verantwortliche gemeinsam mit verlässlichen Leitlinien unseren Kindern und Jugendlichen sicheren sozialen Halt geben, dringend notwendig. Es wäre unverantwortlich, mit wirksamen gesetzgeberischen Maßnahmen zu warten, bis sich vielleicht - entgegen unser aller Hoffnungen - wieder einmal eine schreckliche Gewalttat ereignet.

Gerhard Weber

Landtags- und Bezirkstagswahl:

Freie Wähler verstehen sich als bürgerliche Alternative

Landesvorstand beschloss Themenschwerpunkte

Die Freien Wähler wollen sich im bayerischen Parteienspektrum als Bürgerliche Alternative zur CSU positionieren. Auf einer Landesvorstandssitzung in Landau/Isar haben die beiden FW-Landesvorsitzenden Armin Grein und Johann Deuerlein jetzt die Themenschwerpunkte zur Landtags- und Bezirkstagswahl vorgestellt. Deuerlein unterstrich dabei, dass der Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität in allen bayerischen Heimatregionen oberstes Ziel der Freien Wähler sei. Deshalb werden sich die FW auch im Landtag für eine Stärkung der Kreise, Städte und Gemeinden durch mehr Kompetenzen und mehr Geld für die Kommunen stark machen. Grein: „Mit der Einleitung unseres Volksbegehrens ‚Wer bestellt, muss auch bezahlen‘ haben wir einen ersten wichtigen Schritt zur gerechten Behandlung der Kommunen durch die Staatsregierung auf den Weg gebracht. Diesen Weg werden wir konsequent weiterverfolgen.“

Im Landesvorstand wurde einstimmig festgestellt, dass der Wahlkampf dezentral mit individueller Schwerpunktsetzung und eigenen Spitzenkandidaten in den einzelnen Regierungsbezirken geführt werden soll. Damit wird einer Besonderheit des bayerischen Landeswahlgesetzes Rechnung getragen, das für jeden Regierungsbezirk ein bestimmtes Kontingent an Abgeordnetenmandaten festlegt, die in jeweils eigenen Bezirkslisten gewählt werden. Ein besonderer Schwerpunkt in der Wahlkampfstrategie soll weiterhin die Herausstellung der Bezirkstagswahl sein. Hier haben die Freien Wähler schon mit großem Erfolg abgeschnitten und bei der letzten Wahl in allen Bezirken Mandate erreicht. Für die Wahl am 21. September wurde eine enge Ver-

zahnung des Landtags- und des Bezirkstagswahlkampfes beschlossen. So sollen Listenführer der Landtagswahl und der Bezirkstagswahl als die jeweiligen Spitzenkandidaten im Regierungsbezirk herausgestellt werden.

Schwerpunkthemen

Inhaltlich wollen die Freien Wähler sich auf drei Schwerpunkthemen konzentrieren:

1. Stärkung der Kommunen: An oberster Stelle steht die Forderung nach einer Gemeindefinanzreform, die den Kommunen verlässliche und kalkulierbare Einnahmequellen sichert und sie vom staatlichen Versorgungstropf befreit. Weiterhin bestehen die FW auf der strikten Beachtung des Konnexitätsprin-

zips und einer Neufestlegung des staatlichen und des kommunalen Aufgabenkatalogs.

2. Heimische Wirtschaft und der bayerische Regionen:

Die Verbesserung der Lebensqualität in allen bayerischen Regionen wollen die FW auch durch die gezielte Förderung der heimischen Wirtschaft erreichen. Deuerlein: „Bayern ist nach den Stadtstaaten das zentralistischste deutsche Bundesland. Die Staatsregierung darf die Fördermittel nicht wie bisher auf wenige Zentren konzentrieren. Wir müssen vielmehr alle bayerischen Städte und Kreise stärken. Durch die Stärkung der Kommunen werden wir auch für mehr Investitionen vor Ort in ganz Bayern sorgen.“ Weiterhin sprechen sich die Freien Wähler vor allem für eine Privatisierung mit Augenmaß aus. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist der Privatisierung zu entziehen und muss in kommunaler Hand bleiben.

3. Bildung und Ausbildung:

In der Bildungspolitik setzen die FW auf eine heimatnahe Beschulung und Herabsetzung der Klassenstärken. Sie sind für die Ganztagschule, fordern aber, die Nachmittagsbetreuung dem Konnexitätsprinzip zu unterwerfen. Weitere Schwerpunkte sind eine Schulzeitverkürzung am Gymnasium und die Entschlackung der Lehrpläne sowie ein effektiveres Hochschulstudium. **DK**

Mobilfunk - vom Luxusartikel zum Alltagsgut

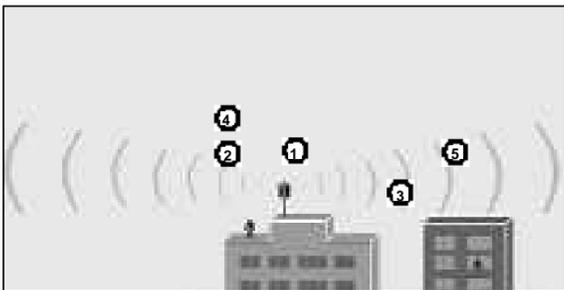
Die Zahl der mobilen Telefonanschlüsse hat in Deutschland längst die Festnetzanschlüsse überflügelt. In durchschnittlich jedem zweiten Haushalt findet sich ein privat oder beruflich genutztes Handy. Die Möglichkeit, auch zu Hause mobil zu telefonieren oder Kurznachrichten (SMS) zu senden, gehört heute zu den selbstverständlichen Anforderungen der Kunden an "ihre" Mobilfunknetze. Die Entwicklung des Handys vom Luxusgut zum Alltagsartikel war nicht ohne einen schnellen und flächendeckenden Ausbau der Netzinfrastruktur möglich. Bis heute haben die Netzbetreiber deshalb fast 50.000 Mobilfunk-Basisstationen für das GSM-Netz (Global System for Mobile Communication) aufgebaut.

Ohne Basisstationen geht es nicht

Mobilfunknetze setzen sich aus wabenartigen Funkzellen zusammen, die jeweils von einer Basisstation versorgt wird. Diese bestehen aus Sende- und Emp-

fangsantennen und arbeiten mit Sendeleistungen zwischen zehn und 50 Watt pro Station. Der Radius von Mobilfunkzellen variiert stark. Während „ländliche“ Zellen einen Radius von mehreren Kilometern haben können, versorgen innerstädtische Basisstationen nur einen Umkreis von wenigen hundert Metern. Einerseits dämpfen hohe Gebäude die Ausbreitung der elektromagnetischen Wellen, andererseits ist die Gesprächskapazität pro Sendeanlage technisch begrenzt. In den Mobilfunknetzen von Großstädten wie Hamburg oder Frankfurt, wo pro Tag durchschnittlich fünf bis sechs Millionen Mobilfunkverbindungen aufgebaut werden, überwiegen deshalb kleine Zellradien, zu deren Versorgung geringe Sendeleistungen ausreichen.

Ausbreitung der elektromagnetischen Felder einer Mobilfunksendestation



Der gesetzliche Grenzwert für den Gesundheitsschutz wird schon in wenigen Metern Abstand deutlich unterschritten. In der Eckwohnung der obersten Etage erreicht das Feld nur noch 0,005 Prozent des Grenzwertes.

fangsantennen und arbeiten mit Sendeleistungen zwischen zehn und 50 Watt pro Station. Der Radius von Mobilfunkzellen variiert stark. Während „ländliche“ Zellen einen Radius von mehreren Kilometern haben können, versorgen innerstädtische Basisstationen nur einen Umkreis von wenigen hundert Metern. Einerseits dämpfen hohe Gebäude die Ausbreitung der elektromagnetischen Wellen, andererseits ist die Gesprächskapazität pro Sendeanlage technisch begrenzt. In den Mobilfunknetzen von Großstädten wie Hamburg oder Frankfurt, wo pro Tag durchschnittlich fünf bis sechs Millionen Mobilfunkverbindungen aufgebaut werden, überwiegen deshalb kleine Zellradien, zu deren Versorgung geringe Sendeleistungen ausreichen.

UMTS - neue Netze mit neuer Technik

Die Technik dieser neuen digitalen Breitbandfunktechnik unterscheidet sich grundlegend vom GSM-Standard. Aus diesem Grund können die bestehenden Anlagen nicht einfach umgerüstet werden. Der UMTS-Ausbau, der bis Ende 2003 für 25 Prozent und bis Ende 2005 für 50 Prozent der Bevölkerung abgeschlossen sein muss, erfordert den Aufbau neuer, separater Netze. Nach Schätzungen der Mobilfunkbetreiber können jedoch mehr als 60 Prozent der bestehenden Standorte mit UMTS-nachgerüstet werden.

Gesundheitsschutz mit hoher Sicherheitsreserve

Um den Gesundheitsschutz von Anwohnern zu gewährleisten, hat der Gesetzgeber im Dezember 1996 Grenzwerte für Mobilfunkanlagen in der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, (26. BImSchV) verankert. Diese Werte beruhen auf Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Internationalen Strahlenschutz-

de - um beim Wohnhausbeispiel in Schwabing zu bleiben, sogar eine zehnfach höhere Belastung zulassen.

Gegen willkürliche Vorsorgewerte

Mehrere Gründe sprechen gegen die Einführung wissenschaftlich nicht begründeter und damit willkürlicher „Vorsorgewerte“: Ihre Einführung würde das bewährte und sichere Bemessungs-Verfahren der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) in Deutschland auf den Kopf stellen: Statt wie bisher die Feldstärken sämtlicher Funkquellen am Ort in die Berechnung einzubeziehen, würde beispielsweise beim Schweizer Verfahren nur die Sendeleistung einer einzelnen Antenne betrachtet. Das Ergebnis: Funkfelder von Rundfunk-, Amateur- oder Behörden sendern bleiben unberücksichtigt.

Außerdem gilt das Schweizer Vorsorgemodell nicht überall,

Ort	S*(W/m ²)	% des Grenzwertes
1	0,0001	0,001
2	0,0005	0,005
3	0,001	0,01
4	0,005	0,05
5	0,01	0,1

*Maximalpegel (Leistungsdichte aus typischen Messungen oder Berechnungen (Grenzwert 9 W/m²).

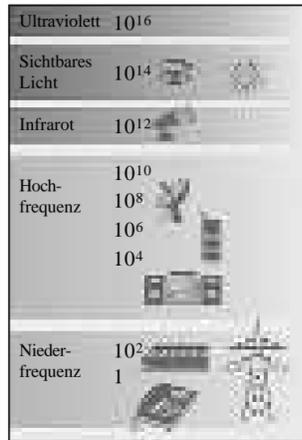
sondern nur für „sensible Bereiche“. Die Grenzwerte der Deutschen Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) gelten dagegen ausnahmslos überall.

Schwer wiegt auch, dass die Betreiber die Anzahl ihrer Standorte erhöhen müßten, da vor allem die gemeinsame Nutzung der Antennenstandplätze erschwert würde. Das würde noch mehr Stahlmasten auf Dächern nach sich ziehen. Ein dritter wichtiger Grund ist die Psychologie: Bürger würden die Einführung des Vorsorgewertes nicht als zusätzliche Sicherheit werten, sondern als Eingeständnis, dass an der Kritik „doch etwas dran ist“. Dafür allerdings liefert die Wissenschaft keinen Beleg - deswegen führen wissenschaftlich unbegründete Vorsorgewerte zu mehr Sorgen und Ängsten.

Das vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beauftragte Bundesamt für Strahlenschutz hat zuletzt im September 2001 festgestellt, dass die in Deutschland geltenden Grenzwerte den Schutz der Bevölkerung vor elektromagnetischen Feldern zuverlässig sicherstellen. Zu diesem Ergebnis kommt auch der vom Bundesumweltminister eingesetzte „Rat von Sachverständigen für Umweltfragen“. Im Umweltgutachten 2002 heißt es: „Die Ergebnisse bisheriger wissenschaftlicher Untersuchungen deuten nicht auf einen begründeten Verdacht für ein Gesundheitsrisiko hin. (...) Der Umwelt rat sieht daher zurzeit keine Notwendigkeit, die Grenzwerte zum vorsorglichen Schutz der Bevölkerung herabzusetzen.“

Mehr Transparenz und Mitspracherechte für Kommunen

Angesichts der immer häufigeren Forderungen nach mehr Transparenz der Planungsprozesse und besseren Mitwirkungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden unterzeichneten



Das elektromagnetische Spektrum (Angabe der Frequenz in Hertz).

die Mobilfunkunternehmen sowie die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund am 9. Juli 2001

eine freiwillige Vereinbarung zur Verbesserung des Informationsaustausches und der Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze. Ziel ist es, den weiteren Ausbau der Mobilfunknetze im Dialog und Konsens mit den Kommunen zu planen. Die Mobilfunkbetreiber haben sich zu folgenden Maßnahmen verpflichtet:

- Einbeziehung der Kommunen in Netzplanung und Standortentscheidungen,
- Unterstützung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) bei der Information der Kommunen mittels einer Datenbank über die Standortbescheinigungen,
- Verbraucherfreundliche Information über den SAR-Wert von Handys,
- Unterstützung der Entwicklung eines Qualitätssiegels,
- Umfassende und vorsorgeorientierte Forschungsförderung mit 8,5 Millionen Euro über den Zeitraum von 2002 bis 2005,

◦ Förderung eines intensiveren Monitorings elektromagnetischer Immissionen mit 1,5 Millionen Euro im Sinne des vorsorglichen Risikomanagements.

Die Einhaltung dieser Selbstverpflichtung weisen die Mobilfunkbetreiber einmal jährlich durch ein umfangreiches, von neutraler Seite erstelltes Gutachten nach. Die Vorstellung des ersten Berichts durch das Bundeskanzleramt in Berlin steht unmittelbar bevor.

Für die Klärung von Konfliktfällen wurde eine zentrale Clearingstelle eingerichtet, in der der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie je ein Vertreter der Netzbetreiber vertreten sind. Im Falle eines Konflikts zwischen dem Bundeskanzleramt und den Regionalorganisationen der Netzbetreiber trägt die Clearingstelle zu einer Deeskalation der Situation vor Ort bei. Bislang konnte in allen Konfliktfällen eine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

Bewährte Maßnahmen

Aus Sicht der Netzbetreiber haben sich die vereinbarten Maßnahmen bewährt. Diese positive Einschätzung teilen auch die kommunalen Spitzenverbände, wie aus einer Erklärung vom Sommer 2002 hervorgeht. Die Vereinbarung habe gezeigt, dass eine freiwillige Zusammenarbeit eine bessere Alternative zu einer ansonsten notwendigen gesetzlichen Regelung darstellt. Durch mehr Transparenz und Beteiligung der Kommunen sei die Basis geschaffen worden, um die zukünftige Mobilfunk- insbesondere die UMTS -Netzinfrastruktur weitgehend konfliktfrei zu errichten.

2,7 Mio Euro für Biomasse-Heizkraftwerk

Rund 2,7 Millionen Euro Fördermittel hat Landwirtschaftsminister Josef Miller der Zukunftsförderung Sauerlach GmbH für den Bau eines Biomasse-Heizkraftwerks zugesagt. Die Gesamtkosten liegen bei 8,9 Millionen Euro. Herzstück der Anlage sind drei Kessel mit insgesamt neun Megawatt thermischer Leistung. Zwei Kessel werden mit Holzhackschnitzel in der Grund- und Mittellast betrieben, einer mit Rapsöl zur Spitzenlastabdeckung. Im Endausbau werden pro Jahr über 6.000 Tonnen Holz verfeuert. Damit basiert die gesamte Energiegewinnung auf nachwachsenden Rohstoffen. Zusätzlich wird in Kraft-Wärme-Kopplung mit einer kleinen Turbine mit 400 Kilowatt elektrischer Leistung Strom erzeugt. Dabei kommt bayernweit erstmalig ein spezieller Dampfprozess zum Einsatz, der selbst „weniger heiße“ Wärme in Strom umwandelt.

In der Gemeinde werden zahlreiche öffentliche Gebäude, Ein- und Zweifamilienhäuser sowie mehrere private und gewerbliche Großabnehmer über eine über zehn Kilometer lange Trasse mit Biowärme versorgt. Die Entscheidung zugunsten der Biomasse wertete Miller als „Musterbeispiel für klima- und ressourcenschonende Energieversorgung“. Gerade auf kommunaler Ebene gebe es vielfältige und sinnvolle Möglichkeiten, Holz wieder als Brennstoff einzusetzen.

Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen ist laut Miller ein wichtiges agrarpolitisches Ziel in Bayern. Zwischen 1990 und 2002 hat der Freistaat insgesamt 186 Millionen Euro in die Energieerzeugung aus Biomasse investiert. Sie deckt in Bayern 3,6 Prozent des Primärenergieverbrauchs, was etwa dem Wärmebedarf von 850.000 Einfamilienhäusern entspricht. Bundesweit sind es 1,9 Prozent.

Preise für vorbildliche Landnutzung

17 Gemeinden und Gemeindeverbände hatten am Wettbewerb „Zukunftsfähige Landnutzung in Bayerns Gemeinden“ teilgenommen, neun erhielten jetzt Preise von 10.000, 5.000 bzw. 1.000 Euro. Die Siegerurkunden überreichte Landwirtschaftsminister Josef Miller bei einem Festakt im Augsburger Rathaus. „Sie haben Beispielhaftes für die Entwicklung Ihrer Heimat geleistet“, lobte der Minister die Preisträger. Zu den Gewinnern zählte er aber auch die nicht prämierten Gemeinden: „Ihre Aktivitäten sind eine wichtige Investition in Attraktivität und Lebensqualität des ländlichen Raumes.“

Der vom Landwirtschaftsministerium erstmals ausgelobte Wettbewerb zeigt laut Miller, „wie aufgeschlossene kommunale Entscheidungsträger gemeinsam mit aktiven Bauern und engagierten Wirtschaftspartnern ihren Lebensraum zukunftsfähig gestalten können“. Der Minister erwartet sich davon Nachahmung durch andere Kommunen: „Der Wettbewerb soll Impulse setzen für eine ganzheitliche Landnutzung.“ Dabei sollen die natürlichen Lebensgrundlagen gesichert und Bayern als attraktive, lebenswerte Heimat und Erholungslandschaft erhalten bleiben.

Kultur-, Lebens-, Wohn- und Arbeitsraum

Laut Miller ist es wichtiges agrarpolitisches Ziel, den ländlichen Raum nachhaltig zu stärken, denn: „Er ist nicht nur land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche, sondern Kultur-, Lebens-, Wohn- und Arbeitsraum für rund 60 Prozent der Bevölkerung.“ Mit dem bayerischen „Programm 2000 - Leistungen für Land und Leute“ stehen nach Auskunft des Ministers bis 2006 rund 4,2 Milliarden Euro Fördermittel für die agrarstrukturelle Entwicklung der ländlichen Räume bereit. Als Schwerpunkte nannte er Kulturlandschaftsprogramm, Ausgleichszulage, Flurneueordnung und Dorferneuerung, Vertragsnaturschutz, präventiven Hochwasserschutz, betriebliche Investitionen und forstliche Maßnahmen. Staatliche Unterstützung könne aber immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein, so Miller. Motor für die Gestaltung des Lebensraumes seien die Bürger.

Sieger und Ansparchpartner

„Ökomodell Achenal“ im Landkreis Traunstein (10.000 Euro): Fritz Irlacher, 1. Vorsitzender des Ökomodell Achenal e.V., Tel. 08649/986655, Wolfgang Wimmer, Geschäftsführer des Ökomodell Achenal e.V.

„Auerbergland“ in den Landkreisen Weilheim-Schongau und Ostallgäu (10.000 Euro): Reinhard Walk, Tel. 08367/9139024

„Weinparadies Franken“ in den Landkreisen Kitzingen und Neustadt a. d. Aisch - Bad Windsheim (10.000 Euro): Bürgermeisterin Dr. Doris Klose-Violette, Ippesheim, 1. Vorsitzende des Weinparadies Franken, Tel. 09339/991565

„Family Villages - Brombachsee“ im Landkreis Roth (10.000 Euro): Udo Weingart, 1. Bürgermeister, Spalt, Tel. 09175/79650

„Allgäuer Bergbauernmuseum Diepolz“ bei Immenstadt im Landkreis Oberallgäu - Die Zukunft für ein Bergdorf (10.000 Euro): Bürgermeister Bischoff, Immenstadt i. Allgäu, Tel. 08323/914115

„Öko-Region Lam-Lohberg“ im Landkreis Cham (10.000 Euro): Bürgermeister Johann Mühlbauer, Lohberg, ARGE Ökoregion, Tel. 09943/941130, Bürgermeister Klaus Bergbauer, Lam, 09943/94150

Kommunale Allianz „Oberes Altmühltal“ im Landkreis Ansbach (10.000 Euro): Bürgermeister Wilhelm Kieslinger, Colmburg, Tel. 09803/93290

„Mittenwalder Buckelwiesen und Heimwiesen“ im Landkreis Garmisch-Partenkirchen (5.000 Euro): H. Salminger, 1. Bürgermeister, Mittenwald, Sibylle Hofmann, Tel. 08385/923513

„Dorfladen-Wolferstadt“ im Landkreis Donau-Ries (1.000 Euro): Bürgermeister Xaver Schnierle, Wolferstadt, Tel. 09092/8828.

Stromverbraucher zahlen 1,8 Milliarden Euro an den Staat

Fast eine Milliarde Euro wird die Ökosteuer auf Strom die Verbraucher allein in Bayern in 2003 kosten. Das ist fast vier Mal so viel wie 1999. Die gesamten politischen Lasten auf Strom belaufen sich sogar auf rund 1,8 Milliarden Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. 1999 waren es noch rund 0,6 Milliarden Euro. Statt Kunden und Wirtschaft in schwierigen Zeiten zu entlasten, agiert der Staat als Preistreiber, bedauert der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft. Er unterstützt deshalb die Aktionen der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft „Jetzt reicht's“ und „Aufbruch jetzt“. Der Staat benutze die Energiewirtschaft als Geldeintreiber für einen Schattenhaushalt. Die politischen Kosten machten heute bereits 40 Prozent des Strompreises aus und der Anteil werde weiter steigen, so der VBEW. „Die

Stromverbraucher zahlen nicht nur direkt über ihre persönliche Steuerpflicht, sondern auch indirekt über den Strom immer mehr Geld an den Staat.“ Deutschland drohe so zu einem Stromhochpreisland zu werden. „Diese Entwicklung belastet Privatkunden, Gewerbe und Industrie. Sie trifft den Wirtschaftsstandort Bayern und damit bayerische Arbeitsplätze. Immer neue Regelwerke führen zu steigender Bürokratie, die insbesondere den mittelständischen Energieversorgungsunternehmen das Leben schwer macht.“ Anstatt Zeit und Geld in die Herausforderungen des Wettbewerbs zu investieren, kämpften die Unternehmen mit der Abrechnung von komplexen Subventionsgesetzen. Der VBEW fordert deshalb weniger Bürokratie, effizientere Gesetze und eine Verringerung der Zusatzlasten für den Stromkunden. 

70 Kommunen bewerben sich bei Photovoltaik-Initiative der N-ERGIE

70 Kommunen haben sich bei der Photovoltaik-Initiative der N-ERGIE Aktiengesellschaft beworben und stellen ein kommunales Dach für den Aufbau einer Photovoltaik-Anlage zur Verfügung.

Die Initiative der N-ERGIE soll die Bürger für das Thema Sonnenenergie sensibilisieren und so eine wichtige Vorbildfunktion erfüllen. Das Angebot an die Partnerkommunen ohne eigene Stadt- bzw. Gemeindewerke sieht vor, die Photovoltaikanlage auf Kosten der N-ERGIE zu planen, zu installieren und 20 Jahre lang zu betreiben. Über die gesamte Projektlaufzeit, das heißt für Erstellung, Unterhalt und Finanzierung, rechnet die N-ERGIE mit Aufwen-

dungen in Höhe von 700.000 € Für diesen Betrag können rund 12-14 Anlagen in der gesamten Region erstellt und betrieben werden. Nach einer ersten Sichtung und Bewertung der eingegangenen Unterlagen prüfen die Fachleute der N-ERGIE derzeit vor Ort, welche der 70 kommunalen Dächer sich am besten eignen. Wichtige Auswahlkriterien sind die Dachausrichtung und -schräge. Die höchste Stromausbeute haben Dächer mit Süd- (Südost- bzw. Südwest-)

-ausrichtung und einer Dachschräge von ca. 35 Grad. Aber auch auf möglichst einfache bauliche Realisierung achten die Fachleute, denn von den zur Verfügung stehenden Mitteln sollen möglichst viele Anlagen erstellt werden.

Bis spätestens Ende März werden die Kommunen darüber informiert, ob ihr Dach ausgewählt wurde. Unmittelbar nach dem Auswahlprozess soll dann mit dem Bau der ersten Anlage begonnen werden.

27 Kommunen schlugen ein Schuldach für die Photovoltaikanlage vor, 14 entschieden sich für Gemeinde- oder Turnhallen und neun würden die Anlage am

Bedrohung?

Die Energiebranche fühlt sich durch das Bundeskartellamt bedroht. Gegen eine „Verstaatlichung“ der Versorgungsaufgaben läuft der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Berlin, Sturm. Wenn das Kartellamt weitere Stromversorger zu Preissenkungen zwingt, wären viele Netzbetreiber ernsthaft in ihrer Existenz gefährdet. Kein Unternehmen werde mehr in Netze investieren, wenn die angemessene Verzinsung der Netzinvestitionen in Frage gestellt sei. Dann sei die Versorgungssicherheit gefährdet. Wenn dann noch die geplante rechtliche Verankerung der freiwilligen Verbändevereinbarung scheitere, seien die Tage des deutschen Weges in der Energieliberalisierung gezählt. 

liebsten auf dem Rathaus sehen. Weitere Vorschläge waren z.B. Bauhöfe oder Feuerwehrhäuser.

„Wir freuen uns über die große Resonanz bei unseren Partnerkommunen. Dieses Projekt verdeutlicht einmal mehr die enge Verbundenheit der N-ERGIE mit der Region“, so Ewald Woste, Vorstandsmitglied bei der N-ERGIE Aktiengesellschaft.

Jede der fünf Kilowattpeak-Solarstromanlagen wird pro Jahr etwa 4.150 Kilowattstunden (kWh) Strom erzeugen; dies entspricht der Verbrauchsmenge einer vier- bis fünfköpfigen Familie. Pro Anlage werden 2,32 Tonnen Kohlendioxid eingespart. Dieser Wert wurde auf der Grundlage des in der Bundesrepublik derzeit gezeigten Strommixes berechnet, der aus fossilen und regenerativen Energiequellen sowie Kernenergie besteht. 



Neuer Bürger- und Gemeindebus für Giebelstadt

Der neue Bürger- und Gemeindebus von Giebelstadt ist seit kurzem im Einsatz und bereits ein voller Erfolg. Ende Januar 2003 übergab Jürgen Lang, Kundenbetreuer bei der N-ERGIE Aktiengesellschaft, den Mercedesbus an Bürgermeister Paul Merklein. Die Partnergemeinden unterstützen N-ERGIE bei ihren Vertriebsaufgaben. Im Gegenzug erhalten die Kommunen von N-ERGIE Mittel, die sie für Projekte oder Vorhaben der Gemeinden einsetzen können. Der Markt Giebelstadt hat sich für den Bürger- und Gemeindebus entschieden. Der stattliche weiße Neunsitzer, auf dem der Namenszug N-ERGIE prangt, ist bereits seit Anfang Dezember im Einsatz. Als Bürgerbus steht er jeden Dienstag und Donnerstag auf Abruf bereit, um Bürger gegen ein Entgelt von 1,60 € in das Marktzentrum und zurück zu einem der sechs Ortsteile von Giebelstadt zu bringen. Diese Fahrten werden jeweils einmal am Morgen und einmal zur Mittagszeit angeboten, so dass den Bürgern Zeit für Erledigungen bleibt. An den übrigen Tagen steht der Gemeindebus Vereinen zur Verfügung, zum Beispiel für Fahrten zu Vereinsveranstaltungen.

„Im Zeitalter der Mobilität ist es wichtig, nicht nur Zugang zu den Informationsquellen des Internets zu haben, sondern genauso wichtig ist es, die persönliche Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Der Bürger- und Gemeindebus ist hierbei ein wesentlicher Beitrag für unsere Vereine und für alle Mitbürger, insbesondere unsere Senioren. Der N-ERGIE sei hierfür recht herzlich gedankt,“ so Bürgermeister Paul Merklein bei der Übergabe des Busses. Jürgen Lang ergänzte: „Der Bürger- und Gemeindebus symbolisiert die Partnerschaft zwischen Giebelstadt und der N-ERGIE, bei der beide Seiten, die Gemeinde und der Energieversorger, wechselseitig voneinander profitieren“. Unser Bild zeigt Bürgermeister Paul Merklein gemeinsam mit Jürgen Lang bei der Übergabe. 

Gutes Geld nicht für Ölscheichs opfern

Lehrfahrt nach Greußenheim mit Bürgermeistern
Bayerische Beispielgemeinde bei Nutzung regenerativer Energien

Dillingen (jdt). Sichtlich beeindruckt kehrten die Bürgermeister des Landkreises Dillingen von einer vom Kreisverband Dillingen des BBV organisierten gemeinsamen Informationsfahrt aus dem Landkreis Würzburg, zurück. Im Mittelpunkt stand die über Bayern hinaus beispielgebende und mehrfach preisgekrönte Nutzung von regenerativen Energien im rund 1600 Einwohner zählenden Greußenheim. Gefördert wurde die sehr aufschlussreiche Besichtigungsfahrt vom Verein „Donautal-Aktiv2. Dessen erster Vorsitzender, Bürgermeister Leo Schrell (Buttenwiesen), und der zweite Vorsitzende, BBV-Kreisobmann Hermann Kästle, machten die Exkursion mit.

Der „Motor“ für das neue Energie-Konzept seiner Heimatgemeinde Greußenheim war Bürgermeister Bruno Scheiner, ein Landwirtssohn, der sich umschulen ließ zum Steuerberater, mit Spezialisierung auf Betreuung seiner früheren Berufskollegen. Nach wie vor auf dem heimatischen schmucken Aussiedlerhof zuhause (die Felder sind verpachtet), gehört Scheiner seit 1984 der CSU-Fraktion des Kreistages Würzburg an und wirkt auch als Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetages. Zum Einführungsvortrag in der Ortsmitte konnte Bruno Scheiner auch seinen Kollegen im Kreis Dillingen, den Gemeindegast-Kreisvorsitzenden Schrell willkommen heißen, der seit einiger Zeit auch als Bezirksvorsitzender des Gemeindetages in Schwaben fungiert.

In Wort und Lichtbild veranschaulichte Bürgermeister Scheiner die Situation von Greußenheim, das sich in den letzten 40 Jahren vom Bauerndorf mit damals etwa 150 landwirtschaftlichen Betrieben zu einer „Wohn-gemeinde“ entwickelte. Neben zwei Bauernhöfen im Hauptort gibt es noch rund zehn Nebenerwerbslandwirte und kleinere Gewerbebetriebe mit insgesamt ungefähr hundert Arbeitsplätzen. Die Entfernung zum „Magnet Würzburg“ beträgt etwa zwölf Kilometer.

Bauern profitieren

Ein lebhaftes Echo löste der 52-jährige Scheiner aus, als er seine vielseitig begründete Argumentation für die Nutzung nachwachsender Rohstoffe mit dem Satz krönte: „Mit dem Verzicht auf Heizöl bekommen unser gutes Geld nicht die Ölscheichs sondern die Bauern, die Waldbe-

dem der Region wachse. Benötigt würden circa 90.000 Liter Pflanzenöl (85 Hektar Raps). In der Ölfruchtmühle Oberes Werntal werde die Ölfrucht im Kaltpressverfahren zu Öl gepresst, das dann ohne weitere Behandlung im BHKW zum Einsatz komme. Ein großer Vorteil ergebe sich durch den hohen Wirkungsgrad dieses Heizkraftwerkes von bis zu 90 Prozent bei einem herkömmlichen Kraftwerk nur 30 bis 40 Prozent).

Staatliche Zuschüsse

Betrieben wird das BHKW von der eigens gegründeten Gesellschaft, der „Blockheizkraftwerksbetreiber GbR mbH“, mit Bürgermeister Scheiner als Geschäftsführer. Die Gesamtkosten betragen 660.000 Euro. Für dieses Demonstrationsprojekt gab es vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium einen Zuschuss von 286.602,62 Euro. Sehr positiv sah Bruno Scheiner die Wirtschaftlichkeit. Der Preis für Pflanzenöl sei seit Jahren stabil. Pflanzenöl bleibe wegen Umweltfreundlichkeit von der Ökosteuer befreit. Demgegenüber gebe es beim Heizöl Kostensteigerungen von circa 60 Prozent, mit erwarteter weiterer Aufwärtstendenz. Die jährlich vor Ort nachwachsende Biomasse hingegen sei regenerativ und risikolos.

Biomasse-Heizwerk

Besichtigt wurde u.a. auch das Biomasse-Heizwerk in Greußenheim. Es wird getragen von einer Gesellschaft von Bürgern der Gemeinde zur Versorgung öffentlicher Einrichtungen (Rathaus, Kirche, Pfarrhaus, Kindergarten, Feuerwehrgerätehaus, Bauhof, Schule und Mehrzweckhalle mit Gastraum, Pfarrheim). Der Bau wurde im August 1999 begonnen. Schon Ende des Jahres startete der Heizbetrieb. Heizmaterial ist naturbelassenes Holz, das vor allem bei Forstarbeiten anfällt (Gemeinde- und Privatwald). Überlegt wird, wie Scheiner darlegte die beiden Heizsysteme BHKW (Pflanzenöl) und Holzhackschnittel-Heizwerk wegen höherer Effektivität zu einem Wärmekreislauf zu vereini-

gen. Das Biomasse-Heizkraftwerk wurde als Pilotobjekt mit 47 Prozent vom Freistaat und aus EU-Mitteln gefördert.

Erläutert wurden von Bürgermeister Scheiner auch das „Niedrigenergiehaus“ Greußenheim (erstellt und betrieben von der E.ON Bayern AG), mit hochwertigem Wärmeschutz, energiesparenden Elektrogeräten und u.a. Regenwassernutzung, das Forschungsprojekt „Erwärmesondensenspeicherung“ am Ort und die Vorzüge von „Raps-Asphalt“ und „Pflanzenöl-Pkw“. Darüber hinaus war das Interesse groß an dem von Solarzellen auf dem Kirchendach betriebenen Brunnen am Kirchplatz. Der Aussiedlerhof von Bruno Scheiner fand viel Aufmerksamkeit. Er ist u.a. ausgestattet mit Photovoltaikanlage, Hackschnittelheizungsanschluss, Pflanzenöl-Tankstelle, Solaranlage, Schilfkärlanlage und Regenwasserzisterne.

Niedrigenergiehaus

Das Niedrigenergiehaus ist ein typisches Einfamilienhaus mit ca. 160 qm Wohnfläche. Es ist mit zukunftsweisender Heiz- und Installationstechnik ausgestattet. Bis zum planmäßigen Übergang in private Hand im Frühjahr 2003 steht das E.ON-Haus noch für die Information der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die Energie-Experten der E.ON Bayern erläuterten den Besuchern unter anderem, welche Auflagen es für Neubauten und welche es für Altbauten bzw. bei Sanierungsarbeiten gibt, was es mit dem erforderlichen Energiepass auf sich hat, wie die Primärenergiefaktoren festgelegt werden. Die Fachleute erklärten die eingesetzten Techniken Erdreich-Wärmepumpe, Lüftungs- und Solaranlage, informieren über Wärmedämmung, BUS-System, Regenwassernutzung und beantworten alle Fragen rund um den rationellen Energieeinsatz.

Internationale Preise

Großes Erstaunen erregten die internationalen und nationalen Auszeichnungen für die Gemeinde Greußenheim die über Deutschland hinaus als beispielgebend gerühmt wird für die Inanspruchnahme regenerativer Energien. Im März 2002 wurde in Linz (Österreich) im Rahmen eines weltweiten Wettbewerbs für umweltfreundliche Energie und Klimaschutz der begehrte



Die Bürgermeister aus dem Kreis Dillingen waren stark beeindruckt von der hervorragenden Nutzung erneuerbarer Energien in Greußenheim. Im Bild vor dem Sonnenblumen-Symbol (von rechts): Bürgermeister Leo Schrell, Buttenwiesen (Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetages im Kreis Dillingen und zugleich schwäbischer Bezirksvorsitzender), Kreisgeschäftsführer Eugen Bayer, Kreisbäuerin Marianne Kampfinger und Kreisobmann Hermann Kästle vom BBV, Bürgermeister Erhard Friegel, Holzheim (in dessen Gemeinde die erste kommunale Hackschnittelheizung in Nordschwaben errichtet wurde), Bürgermeister Bruno Scheiner, Greußenheim (zugleich Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetages im Landkreis Würzburg). Bild:-jdt

„Energie-Globe-Preis“ vergeben. Bei rund 1400 Bewerbungen aus 92 Ländern belegte Greußenheim den sensationellen dritten Rang, hinter dem Sieger San Francisco und dem zweitplatzierten Zürich. Bürgermeister Scheiner konnte aus den Händen des ehemaligen russischen Staatspräsidenten Gorbatschow die schöne massive „Weltkugel“ aus Bronze entgegennehmen. Daneben ertmete Greußenheim tosenden Applaus von etwa tausend Ehrengästen aus aller Welt. Frank Elstner moderierte die Großveranstaltung.

Bayerischer Umweltpreis

Bei der „Expo 2002“ war Greußenheim eine Außenstelle dieser internationalen Weltausstellung in Hannover, mit Besuchern aus fast allen Erdteilen. Am 7. November 2001 überreichte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber der Gemeinde Greußenheim sowie Wildpoldsried den zweigeteilten „Umweltpreis“ der Bayerischen Landesstiftung für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Jede Kommune bekam 25.000 DM.

Weitere Ehrungen zieren Greußenheim: der in St. Pölten vergebene „Climate -Star 2002“

(im Rahmen der ersten europäischen Auszeichnungen für lokale Klimaschutz-Aktivitäten), der „Bayerische Energiepreis 2000“, für herausragende innovative Leistungen in den Bereichen rationelle Energienutzung, erneuerbare Energien und neue Energietechnologie und eine Ehrenurkunde beim Bayerischen Heimatpreis der Volksbanken und Raiffeisenbanken im Jahr 2001, in der Sparte „Ökonomie und Ökologie“.

Meinungsaustausch

Ein lebhafter Meinungsaustausch bereicherte den Besuch in Greußenheim, der im Gasthaus Spitznagel abgeschlossen wurde. BBV-Kreisobmann Kästle und Gemeindegast-Kreisvorsitzender Schrell äußerten ihre Hochachtung vor den beispielhaften Aktivitäten in der Gemeinde. Dabei wurde zu verstehen gegeben, dass nach ersten Projekten im Kreis Dillingen sich weitere Türen zu Vorhaben dieser Art sicherlich öffnen würden. BBV-Kreisgeschäftsführer Eugen Bayer wurde für die Organisation der interessanten Lehrfahrt herzlich gedankt. Bürgermeister Scheiner erhielt als Dank für sein besonderes Engagement einen großen Geschenkkorb.

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, VBW:

375% mehr Ökosteuer für Erdgasnutzer treibt Produzenten aus dem Land

„Die politisch gewollte Energieverteuerung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG) und die Ökosteuer ist extrem hoch und kann dazu führen, dass energieintensive Produzenten deutsche Standorte ins Ausland verlagern.“ Das befürchtet der Vorsitzende des Energieausschusses der vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V., Albert Uwe Schön.

„Vor allem das seit 1.1. geltende Gesetz zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform stellt Unternehmen des produzierenden Gewerbes im internationalen Vergleich erheblich schlechter“, sagte Schön. Berechnungen des Bayerischen Brauerbundes hätten ergeben, dass die Ökosteuerbelastung für Erdgasnutzer aus dem produzierenden Gewerbe um bis zu 375% gestiegen sei, und zwar durch die höhere Ökosteuer auf Erdgas und durch die Verdreifung des bisher auf 20% reduzierten Ökosteuersatzes.

2003 würden Industrie und Privathaushalte rund 12,6 Mrd. € an Energiesteuern an den Staat abführen. Dies sei gegenüber dem Vorjahr eine nicht mehr

tragbare Erhöhung um rund 33%, und dabei sei die preisstärkende Wirkung des EEG noch lange nicht zu Ende. Im Vergleich zu 1998, als es noch keine Ökosteuer gab, habe sich der Staatsanteil sogar verfünffacht.

Belastungen verdoppelt

Damals hätten durch die Konzessionsabgabe und das Strom-einspeisegesetz nur rund 2,3 Mrd. € an den Staat abgeführt werden müssen. „Energieintensive Branchen sind besonders betroffen. In der Papier- und Zellstoffindustrie verdoppeln sich die Belastungen pro Arbeitsplatz von 800 € im Jahr 2002 auf jetzt 1600. In der Elektroindustrie steigen sie prozen-

tual noch stärker, von 88 auf 230 €“ rechnete Schön vor. Deshalb könne man es Unternehmen nicht verdenken, wenn sie Standortverlagerungen in Erwägung zögen.

Falsche Strategie

Schön kritisierte die völlig falsche Strategie der Bundesregierung: „Es ist ein fataler Irrweg, fehlende Reformen in den sozialen Sicherungssystemen durch höhere Energiepreise zu ersetzen. Allein 2003 beträgt die Summe der zusätzlichen Belastung durch die Anhebung der Erdgassteuer von 0,34 Cent je kWh auf 0,55 Cent 1 Mrd. € Dazu kommt der Aufschlag durch das KWKG in Höhe von 690 Mio. € pro Jahr und eine Belastung der Verbraucher durch das EEG um zusätzlich jährlich 420 Mio. € Damit summiert sich die Mehrbelastung in diesem Jahr auf 2,11 Mrd. € Hier wird Kasse auf Kosten der Verbraucher, der Industrie und damit der Arbeitsplätze gemacht“, sagte Schön.

Erdgas Südbayern GmbH (ESB):

Ein Jahr Gratiswärme

100.000 ESB-Erdgaskunden bestätigen Trend zur modernen Erdgasheizung

München/Dingolfing/Neufahrn - Am 13. Februar 2003 wurde die ESB-Kundenliste sechsstellig: ESB-Techniker Manfred Witte, Fachmann für Erdgasinstallationen im ESB-Service-Center Dingolfing, setzte den Jubiläumszähler im Haus von Maria Gebauer in Neufahrn/Niederbayern. Nicht weniger als 100.000 Erdgaskunden beziehen damit die Fünf-Sterne-Wärme der ESB. Gleich zu Jahresbeginn 2003 erfolgte damit ein deutliches Signal der ESB, die sich so als regionales Erdgas-Unternehmen mit hohem Kundenzuspruch in Erinnerung bringen kann: 100.000 Zähler stehen wiederum für rund 180.000 Familien, die in 250 Städten und Gemeinden in Südbayern vom Service der ESB profitieren.

Der Siegeszug der ESB mit Erdgas in Südbayern begann vor über 40 Jahren: Im Oktober des Jahres 1959 wurde die damals erste Flamme einer öffentlichen Erdgasversorgung Deutschlands im oberbayerischen Waldkraiburg entzündet. Um die Versorgung von Waldkraiburg, den Nachbargemeinden und einigen Städten

südbayerische Erdgasnetz ange-schlossen.

Nicht nur die ESB freut sich über die sechsstellige Zahl, auch die 100.000ste Neu-Kun-

2003 in der Heimatgemeinde der Gewinnerin von ESB-Regionalleiter Herbert Schramm gemeinsam mit Bürgermeister Zauner übergeben.

Doppeltes Glück

Auch im Versorgungsgebiet des ESB-ServiceCenter Wolf-ratshausen gab es Anlass zum Jubeln: Hier wohnt Familie Gruber, deren „Familienoberhaupt“, Gertraud Gruber, über den Wettbewerb im ESB-Kundenmagazin erraten hatte, an welchem Tag im Jahr 2003 der 100.000ste Zähler gesetzt werden würde. Die ESB-Rätselkönigin freute sich über eine neue, moderne Erdgas-Heizungsanlage des Preisspenders, der Firma Buderus. Gertraud Gruber: „Unsere Heizungsanlage ist aus dem Jahr 1978 und ohnehin schon ziemlich altersschwach. Dass ausgerechnet ich richtig tippe und wir unseren 'Oldtimer' in Rente schicken können, ist kaum zu glauben.“

Vertrauen gerechtfertigt

Frau Gruber hatte den Geburtstag Ihrer Tochter, den 13.2., getippt und damit doppelt Grund zum Feiern. Besonders erfreulich: Die Gewinner wollten ohnehin in diesem Jahr ihre Heizungsanlage modernisieren. „Wir hätten uns, auf gut-bayerisch, in den Hintern gebissen, wenn wir die neue Heizung schon gekauft hätten“, so Ernst Gruber und abschließend mit einem Schmunzeln: „Gut, dass wir auf die ESB vertraut haben.“



Maria Gebauer aus Neufahrn/Ndb. ist die 100.000ste Erdgaskundin der ESB.

Gemeinde Berg und Ökobilanz favorisieren Erdgas

Die optimale Entscheidung in Bezug auf die attraktivste Art der Energieversorgung zu treffen, ist für jede Gemeinde eine Herausforderung. Ähnlich schwierig ist es für einen Bauherren, sich für das richtige Heizsystem zu entscheiden. Ökologische und finanzielle Aspekte machen die Wahl jedoch einfach! So entschied sich die Gemeinde Berg, damals noch vertreten durch den 1. Bürgermeister Josef Ücker, bereits ab 1. 1. 1984 für Erdgas. Knapp 20 Jahre später ist die saubere Energie, geliefert von der Erdgas Südbayern GmbH (ESB), moderner als je zuvor.

Der im südbayerischen Raum agierende Energiedienstleister Erdgas Südbayern GmbH (ESB) steht für hohe Zuverlässigkeit und gute Zusammenarbeit. 19 lokale Niederlassungen in ganz Südbayern sorgen für Kundennähe vor Ort. Die regionale Präsenz, für die Gemeinde Berg zum Beispiel in Wolfratshausen, Geltinger Straße 29, ist dabei ein großer Vorteil und garantiert die Qualität der Arbeit. Kommunale Verbundenheit ist ein Teil der Philosophie und Unternehmenskultur der ESB. Dieter Rathsam, Geschäftsführer der ESB meint dazu: „Kundenorientierung ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Aufgrund unserer dezentralen Struktur und der hohen Kontaktfrequenz durch unsere Fachberater kennen wir die Bedürfnisse unserer Kunden sehr genau.“

So weiß die ESB auch um die Verunsicherungen bei der Suche nach dem geeigneten Heizsystem. Um hier potentiellen Bauherren bei der Findung der optimalen Lösung eine Entscheidungshilfe an die Hand zu geben, hat Erdgas Südbayern GmbH ein Systemvergleich in Form einer aufwendigen Broschüre aufgelegt. Die Studie der WINGAS GmbH in Kassel hat mit Hilfe einer Ökoeffizienz-Analyse verschiedene Heizsysteme zur Versorgung eines Einfamilienhauses ausführlich untersucht. Wesentliches Ergebnis

dabei: Unbestrittener Sieger in Sachen Ökoeffizienz sind die mit Erdgas befeuerten Heizkessel - sowohl der Erdgas-Brennwertkessel als auch der Erdgas-Niedertemperaturkessel. Die strombetriebene Wärmepumpe und die Kombination aus Erdgas-Brennwertgerät und solarer Warmwasserbereitung folgen als nächstes. Diese Systeme sind allerdings deutlich teurer als die reinen Erdgas-Varianten. Abgeschlagen sind die Heizöl- und die Stromdirektheizung. Auf Grund der höheren Umweltbelastungen stellen diese sich als wenig ökoeffizient heraus.

Das Ergebnis der Holzheizung hat überrascht. Biomasse zu verbrennen ist nicht nur teurer, sondern auch - entgegen der üblichen Einschätzung - ökologisch nur bedingt sinnvoll. Zwar ist die Verbrennung von Biomasse kohlendioxidneutral, doch bei der Verbrennung von Holz werden weitere Gase freigesetzt, die zum Beispiel zur Bildung von schädlichem Ozon beitragen.

Wer seine alte Heizung erneuern lassen will oder die Wärmeversorgung für das neue Haus plant, für den sind nach Auswertung der Ökoeffizienz-Analyse durch die ASUE Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch die Erdgas-Varianten die klaren Sieger in Sachen Ökoeffizienz.

ENERGIE öffnet erstmals ihre Tore

Erneuerbare Energien nutzen? Gerne, aber wie? Konkrete Antworten auf diese Frage bekommt der Endverbraucher am 22. und 23. März 2003 im M.O.C. München Freimann. Unter dem Motto „Energie effizient nutzen“ öffnet die ENERGIE erstmalig ihre Tore. Industrie, Handwerk und Dienstleister aus allen Bereichen der Solarenergie, der Energiegewinnung aus Biomasse und der Energie-Einsparungsmöglichkeiten geben den Besuchern auf dieser Messe einen breiten Einblick in die Nutzung regenerativer Energien in Gebäuden. Die Veranstaltung findet in Verbindung mit der Immofair 2003 in der Halle 1 des M.O.C., statt.

Regenerative Energien sind seit 1998 beständiges Thema bei der Messe München: Die weltgrößte Photovoltaik-Dachanlage steht auf den Dächern der Neuen Messe und erzeugt jährlich rund 1 Million Kilowatt-Stunden Strom. Auch bei Fachmessen in München wird das Feld der erneuerbaren Energien in Teilbereichen bereits seit einigen Jahren berücksichtigt. Eine Publikumsmesse, die alle Aspekte der Branche abdeckt, fehlte bisher.

Dabei sind Maßnahmen zur Energieeinsparung und zu regenerativen Energien aufgrund der Energieeinsparverordnung, kurz EnEV genannt, und dem ErneuerbareEnergienGesetz auch beim Endverbraucher zu einem brandaktuellen Thema geworden. Nicht zu vergessen die erheblichen finanziellen Förderungen, die den Verbrauchern durch die gesetzlich geregelte Einspeisevergütung ermöglicht werden. Auf der ENERGIE 2003 kann sich der Verbraucher umfassend informieren.

Am 22. und 23. März jeweils von 9 bis 18 Uhr versammelt sich das gebündelte Know-how der Branche im Münchner Norden: Hersteller unterschiedlicher Energieanlagen, Energie-lieferanten und Stromerzeuger, Ausrüster und Dienstleister, Installations- und Handwerksbetriebe sowie Verbände, Vereine, Architekten, Banken, Wissenschaftliche Projekte, Verlage und institutionelle Träger sind angesprochen und ermöglichen einen Einblick in die Möglichkeiten der Nutzung regenerativer Energien. Außerdem finden zahlreiche Präsentationen und Informationsveranstaltungen statt, an denen sich die Besucher beteiligen können. Zusätzlich steht ein Forum bereit, in dem branchenaktuelle Themen - wie zum Beispiel die technische Umsetzung der EnergieEinsparverordnung - von Fachleuten und Besuchern diskutiert werden. Von Pellet-Heizanlagen bis zur Photovoltaik-Anlage findet der Besucher auf der ENERGIE 2003 alles Interessante und Wissenswerte zum Thema regenerative Energien.

Fachlicher Rat und Information ist in diesem Fall zwar gut, aber nicht teuer: der Eintritt zu dieser Veranstaltung kostet 6 Euro. DK

Ein sollte davon profitieren. Der an sich unspektakuläre Gas-zähler bringt der alleinerziehenden Mutter einer Tochter bis zu max. 40.000 kWh Gratis-Erdgas zum Heizen, Baden und Waschen. Das bedeutet: Rund ein Jahr keine Erdgas-Rechnung von der ESB! Der Gutschein wurde am 21. Februar

E.ON Bayern setzt auf die Wärmepumpe

Eigenes Förderprogramm für umweltfreundliches Heizsystem

Der Energiedienstleister E.ON Bayern führt sein erfolgreiches Förderprogramm für die Wärmepumpe auch im laufenden Jahr fort. Durch eine Wärmepumpe lasse sich der Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoß im Vergleich zu einer konventionellen Ölzentralheizung deutlich reduzieren.

Immer mehr „Hauslebauer“ seien von den Vorteilen dieses umweltschonenden Heizsystems überzeugt. Energieeffizienz sei jedoch nicht nur ein Thema für Neubauten. Auch bei der Sanierung von Altbauten kommt dem Heizsystem laut E.ON Bayern besondere Bedeutung zu. Bei besonderen baulichen Gegebenheiten komme dort des öfteren eine Elektroheizung zum Einsatz. Zumal gehe es auch darum, alte Geräte durch effiziente Speicher- und Direktheizungen der neuen Ge-

neration zu ersetzen. Deshalb umfasse das Förderprogramm auch Elektro-speicher- und Elektrodirektheizungen.

Insgesamt sind im letzten Jahr nach Angaben von E.ON Bayern rund 3.500 Geräte gefördert worden. Das Förderprogramm greife insbesondere beim Einsatz der Wärmepumpe in Neubauten. Die Fördersumme im Jahr 2002 betrage rund 700.000 Euro. Die Förderhöhe für die Wärmepumpe richtet sich nach dem elektrischen Anschlusswert in Kilowatt und beträgt pro Kilowatt 50 Euro. <

Wechsel im Vorstand der E.ON Bayern AG

Der Aufsichtsrat der in Regensburg ansässigen E.ON Bayern AG hat Dipl.-Ing. (FH) Hermann Wagenhäuser (51) mit Wirkung zum 01. März 2003 zum neuen Mitglied des Vorstands bestellt. Wagenhäuser wird das Ressort Technik/Netz leiten. Er tritt die Nachfolge von Dipl.-Ing. Peter-Michael Schabert an.

Schabert war über 30 Jahre in der bayerischen Energiewirtschaft tätig, und seit November 2001 im Vorstand der E.ON Bayern AG verantwortlich für den Bereich Technik/Netz. Schabert verließ zum 28. Februar 2003, wenige Tage nach seinem 60. Geburtstag, das Unternehmen und ging in den Ruhestand.

Enger Mitarbeiter

Der im oberbayerischen Hohen-schäftlarn geborene Hermann Wagenhäuser (51) stu-

dierte an der TU München Mathematik und Geografie sowie Elektrotechnik an der FH München. Er startete sein Berufsleben bei den Isar-Amperwerken in der Abteilung Technische Planung, deren Leitung er im April 1990 übernahm. Nach verschiedenen weiteren leitenden Funktionen bei den Isar-Amperwerken wurde Wagenhäuser mit der Gründung der E.ON Bayern AG im Herbst 2001 Leiter des Bereichs Technik/Netz in der Regionalleitung Oberbayern und einer der engsten Mitarbeiter von Schabert. <

Investitions-Notstandort Deutschland:

Kommunalinvestitionen für Wachstum entscheidend

Die Kommunen sind mit einem Anteil von 62 % der größte öffentliche Auftraggeber der Bauwirtschaft - und tragen damit gleichzeitig den größten Teil der öffentlichen Verantwortung für eine funktionierende öffentliche Infrastruktur am Standort Deutschland. Von der Qualität dieser Infrastruktur hängt es ab, ob Wirtschaft und Gesellschaft sich positiv entwickeln können oder nicht. Diese Verantwortung verlangt erhebliche Investitionskraft - nicht zuletzt am investiven Anteil der Kommunalausgaben entscheidet es sich, ob die Wirtschaft wächst oder nicht.

In den vergangenen Jahren hat eine bundespolitische Entscheidung nach der anderen auf die Kommunalhaushalte zugegriffen, Mittel von dort in andere Kassen umgeschichtet. Dass das Loch in der Bundeskasse nicht noch größer ist, liegt nicht etwa an gelungener Sparpolitik, sondern daran, dass unter anderem den Kommunen massiv

Geld entzogen wurde. Die Folge: Den Kommunen fehlt das Geld für Investitionen, die Kommunen bauen immer weniger, dem Wachstum fehlt die Basis.

2002 hatten die Kommunen in Deutschland ein Gesamtdefizit von 6,65 Milliarden Euro - 68,3 % mehr als noch im Vorjahr! 2003 wird mit einem Defi-

zit von 10 Milliarden Euro gerechnet.

Verkauf von Tafelsilber und Investitionsverzicht

Wenn es - vielen - Kommunen trotzdem noch gelingt, ihre Haushalte vorschriftsgerecht

Zwangsumlagen politisch nach oben getriebenen Ausgaben. Auch die kommunalen Einnahmen brechen geradezu ein, bewegen sich nur mehr auf dem Niveau des Jahres 1993. Hierzu einige Zahlen:

Kommunale Finanzentwicklung 2002 im Vergleich zu 2001 (Deutschland): Gewerbesteuer - 9,1 % Umsatzsteuer - 1,3 % Einkommensteuer - 1,0 % Gebühren - 2,4 % Ausgaben + 0,9 % Sozialausgaben + 5,0 % Investitionen - 2,4 %.

Die Investitionen lagen 2002 bei 23,6 Milliarden Euro - das sind 10 Milliarden Euro weniger als 1992. Im gleichen Zeitraum stiegen die Sozialausgaben um 30 %! Zahlen des Deutschen Instituts für Urbanistik, nach denen sich das Investitionsdefizit deutscher Kommunen von 2000 bis 2009 auf 486 Milliarden Euro kumuliert, sind vor diesem Hintergrund nicht zu halten. Das Defizit wird weit schlimmer ausfallen!

Einnahmen auf neue Basis stellen

Die konkreten Daten zu den Kommunalhaushalten in Deutschland sind erschreckend, sprechen für sich und verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf zur Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen.

Einen Ausweg wird es aber nur geben, wenn konsequent eingespart wird, eine umfassende Reform der Kommunalfinanzierung gelingt, die Ungerechtigkeiten ausräumt und die Bemessungsgrundlage verbreitert und schließlich die Bereitschaft greift, wo möglich kommunale Aufgaben durch privatwirtschaftliche Betreibermodelle effizient zu lösen. Dazu muss eine aktivierende Sozialhilfe kommen, die dem Anreiz zum Nichtstun entgegen wirkt. Und damit das Geld schließlich auch da landet, wo es Wachstum anstößt, muss jede Kommune gesetzlich verpflichtet werden, mindestens 15 % ihrer Mittel als Investition auszugeben. <

auszugleichen, steht dahinter zum einen der Verkauf von Vermögen - andere sagen das Verschern von Tafelsilber - (das geht nur einmal), zum anderen der Verzicht auf an sich notwendige Investitionen.

Kommunale Selbstverwaltung auf Pump

Wie dramatisch die Lage wirklich ist, zeigt sich daran, dass viele Städte und Gemeinden sich mittlerweile auf Pump verwalten. Die Defizite in den Verwaltungshaushalten machten schon 2001 fünf Milliarden Euro aus, immer mehr Städte und Gemeinden müssen laufende Ausgaben mit geliehenem Geld bezahlen. 2002 mussten die Kommunen dazu ihre Massenkredite von 2 auf 11,7 Milliarden Euro aufstocken!

Dramatische Zustände herrschen nicht nur bei den durch

in der Burgstraße in Kempten, das vergangene Jahr eingeweiht wurde. Dieses Haus stelle ein Musterbeispiel für eine energetische Altbauanierung dar.

Einsparpotenzial

Die Häuser gut einpacken, damit sie möglichst wenig Wärme an die kalte Außenluft abgeben, das ist das Hauptziel der Energieeinspar-Vorschriften. Mit guter Dämmung und hochwertigen Fenstern lassen sich Gebäude herstellen, die im Neubau weniger als 5 Liter Heizöl (Niedrigenergiehäuser) und im Altbau weniger als 10 Liter Heizöl je Quadratmeter und Jahr verbrauchen.

Nutzung der Solarenergie

Große Fenster in der Südfassade sorgen dafür, dass auch winterliche Sonnenstrahlen bei der Wärmeversorgung von Häusern schon zu Einsparungen führen. Bei Einfamilienhäusern lassen sich etwa 60 Prozent des Warmwasserbedarfs durch die Nutzung der Solarenergie decken. Hierfür werden 5 bis 6 Quadratmeter Kollektorfläche auf dem Dach und ein Warmwasserspeicher benötigt. Auch für die Stromversorgung von Häusern wird die Sonne aktiv. Eine Photovoltaikanlage mit 1,5 Kilowatt umfasst eine Fläche von rund 14 Quadratmetern und produziert ungefähr ein Drittel des Stroms, den ein Haushalt von 4 Personen durchschnittlich im Jahr benötigt.

Dieses intelligente Prinzip lässt sich auch auf Altbauten übertragen, wie sanierte Häuser

aus Stadterneuerungsgebieten zeigen. Dr. Dagmar Everding, Ecofys GmbH, präsentierte Beispiele aus Berlin, Köln und Bielefeld. So ist es zwei engagierten Wohnungsbaugesellschaften in Köln in der Großsiedlung Bocklemünd gelungen, durch eine Kombination von Wärmedämmung, Solar Kollektoren und Photovoltaik bei der Sanierung die jährliche Umweltbelastung um etwa 580 Tonnen Kohlendioxid zu senken. Solche und ähnliche Gebäudebestände gibt es in fast allen Städten. Viele dieser Gebäude müssen in den kommenden Jahren saniert werden. Was liegt näher, als die Sonne für Wärme, Warmwasser und Strom zu nutzen und große Bauvolumen für die Zukunft fit zu machen.

Altbausanierung

Wie die beiden Architekten des eza!-hauses, Jochen Schurr, May.Schurr Architekten aus Bad Wörishofen und Knut Prill, HBP Architekten aus Schongau, darstellten, ist die energetische Altbauanierung der richtige Weg für die Anforderungen in der heutigen Zeit. Der Einsatz von Passivhaustechnik habe sich beim eza!-haus als der richtige Weg gezeigt, um niedrige Unterhaltskosten und hohe Bauqualität zu erreichen.

Martin Sambale, eza!-Geschäftsführer, betonte, dass Energieeffizienz mehr Komfort, besserer Werterhalt und wirtschaftlicher Betrieb bedeute. Energieoptimiertes Bauen und Sanieren biete neue Chancen für die Wirtschaft, Information, Beratung und Bildung seien dafür auf breiter Front notwendig. **DK**

Wohnungsbau in Erlangen:

Auf dem Weg zur Energieeffizienz

In den vergangenen zehn Jahren wurde auch in Erlangen erkannt, dass sowohl beim Neubau als auch beim Gebäudebestand weitreichende Maßnahmen zur Energieeffizienz die Zukunftsaufgaben der Bauwirtschaft sind. In allen Bereichen des Wohnungssektors wurden und werden Projekte realisiert, deren Problemlösungen wegweisend für die regionale Wohnungswirtschaft sind. Daher hat das Amt für Umweltschutz und Energiefragen die Dokumentation „Wohnungsbau in Erlangen ...auf dem Weg zur Energieeffizienz“ herausgegeben, in der vorbildliche Projekte der Erlanger Wohnungswirtschaft dargestellt sind.

Hervorzuheben sind dabei:

« das „4 Liter-Haus“ der GEWOBAU, ein saniertes Mehrfamilienhaus und bis jetzt einmaliges Projekt in Bayern;

« ein saniertes Einfamilienhaus als „Nullemissionshaus“;

« das erste in Mittelfranken gebaute Passivhaus, ebenso jetzt ein „Plus-Energiehaus“; jetzt insgesamt 7 Passivhäuser sowie

« der Niedrigenergie-Geschosswohnungsbau im Siedlungsmodell Röthelheimpark.

Durch die Weitergabe der Praxiserfahrungen sollen für eine breite Umsetzung energieeffizienter Baumaßnahmen Impulse gegeben werden.

CO₂-Emissionen

In Erlangen umfasste der Wohngebäudebestand im Jahr 2000 16.325 Wohngebäude mit ca. 52.000 Wohnungen ohne Wohnheime. Hier wird weit über die Hälfte des gesamten Erlanger Heizenergiebedarfs für Raumwärme und Warmwasserbereitung verbraucht, entsprechend 55% der CO₂-Emissionen im gesamten Heizenergiebereich.

Trotz umfassender Heizungsenergieerneuerungen, Umstellungen auf Erdgas und energetischer Modernisierungsmaßnahmen im Gebäudebestand ist seit 1991 nur ein leichter Rückgang der CO₂-Emissionen im Wohnungssektor festzustellen, wie die Handreichung ausweist. Die Reduzierung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen, erreicht durch die energetische Modernisierung, wurde weitgehend durch den Zuwachs von neu erstellten Wohnungen und der damit verbundenen Zu-

nahme des Energieverbrauchs kompensiert. So wurden von 1990 bis 2000 rd. 4.500 Wohneinheiten mit rd. 360.000 m² Wohnfläche - dies entspricht einer Zunahme der Wohnfläche von 10 % - erstellt, obwohl die Wohnbevölkerung um ca. 2.000 Einwohner abgenommen hatte.

Umfassende Maßnahmen

Sollen auch in Erlangen im Wohnsektor der Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen deutlich und spürbar in den nächsten Jahrzehnten gesenkt werden, so sind nach Ansicht des Amtes für Umweltschutz und Energiefragen weitere umfassende Maßnahmen erforderlich:

« Im Neubau die Errichtung von Energiesparhäusern, deren Verbrauch noch unter dem des Niedrigenergiestandards liegt, so dass bei weiterer Wohnflächenzunahme der Zuwachs des Heizenergiebedarfs unterproportional ansteigt

« Weitere umfassende und nachhaltige energetische Modernisierung des Wohngebäudebestandes - erbaut bis Ende der 80er Jahre -, der ca. 15.000 Wohngebäude mit über 45.000 Wohnungen umfasst. Der energetischen Modernisierung kommt eine Schlüsselrolle für CO₂-Minderungsmaßnahmen bei den Privathaushalten zu. Dies gilt vor allem für die Ein- und Zweifamilienhäuser, wo noch ein erheblicher Nachholbedarf besteht.

« Weitere Umstellung von Heizöl-Zentralheizungen auf Erdgas und forcierter Einsatz von Solarkollektoren für die Warmwasserbereitung. **DK**

§ GZ Rund ums Recht ... §

Schlaglöcher auf Nebenstraßen

Der Schnee ist weg von den Straßen und jetzt erkennen die Bauhöfe - und die Kämmerer - was der Frost in den letzten Wochen mit den Straßen angestellt hat. Auch Gerichte müssen sich immer wieder mit Schlaglöchern befassen.

Bei Schnellstraßen, etwa Autobahnen und Bundesstraßen, ist es klar: Schlaglöcher sind zu schließen. Wenn ein zwölf Zentimeter großes Loch im Asphalt klafft, muss die öffentliche Hand dem Autofahrer Schäden ersetzen, so das Landgericht (LG) Halle (Az.: 7 O 470/97), selbst wenn auf der Strecke wegen des Straßenzustands die Geschwindigkeit begrenzt wurde. Autofahrer, so die Begründung des Gerichts, müssen sich auf den verkehrssicheren Zustand von Straßen verlassen dürfen.

Dieser Argumentation hat sich das Oberlandesgericht (OLG) Dresden (Az.: 6 U 538/98) auch für kommunale Hauptstraßen angeschlossen. Eine schnelle Instandsetzung kommt hier billiger als eventuelle Schadensersatzansprüche.

Anders sieht es bei Nebenstraßen aus, insbesondere wenn sie schon im Allgemeinen in nicht optimalem Zustand sind. Wer Schleichwege benutzt, so

das LG Coburg (Az.: 12 O 414/01) muss für Schäden selbst aufkommen, da auf solchen Strecken Schlaglöcher nicht überraschen. Das gleiche gilt im Übrigen bei unbefestigten Baustellendurch- oder Umfahrungen, so das OLG Rostock (Az.: 1 U 169/98) und in un- oder schwach beleuchteten Unterführungen, wie das LG Meiningen (Az.: 3 O 266/00) feststellt.

Schlechte Karten für Fußgänger

Schlechte Karten haben auch Fußgänger, insbesondere wenn sie in ihrer eigenen Heimatgemeinde unterwegs sind. Wer den Zustand von Straßen und Gehwegen kennt, bekommt keinen Schadensersatz, wenn er sich bei einem Sturz verletzt, so das OLG Erfurt (Az.: 3 U 1464/96). Jeder muss aufpassen, wo er hintritt, so die Richter, alle Gefahrenstellen kann die öffentliche Hand nicht beseitigen. **mpa**

4. Allgäuer Altbautage:

Neue Chancen in Zeiten der Baukrise

Bereits zum vierten Mal fanden in Kempten die Allgäuer Altbautage des energie- und umweltzentrums allgäu (eza!) statt. Wie in den vergangenen Jahren wurden wieder alle Themen rund um Modernisierung und Sanierung behandelt. Ob Wärmedämmung, Heizungserneuerung, Fenster oder Solarenergie, Bauschäden oder finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen: Zu allen Themen wurde allerhand Wissenswertes vermittelt. In insgesamt 80 Vorträgen bei Praxisvorführungen und bei über 70 Ausstellern konnte sich jeder Hausbesitzer die neuesten Informationen einholen.

Der Erfolg der Allgäuer Altbautage hat sich mittlerweile in Deutschland verbreitet. So haben beispielsweise in Augsburg und Böblingen bereits Altbautage nach Allgäuer Muster stattgefunden, und auch für Nürnberg ist eine Veranstaltung in der Allgäuer Form geplant. eza!-Geschäftsführer Martin Sambale wertet diese Resonanz äußerst positiv: „Der Erfolg der Allgäuer Altbautage und die Resonanz auf diese Veranstaltung in ganz Deutschland bestärken uns natürlich in unserer Arbeit.“

Schwerpunkt

Der Schwerpunkt lag dieses Jahr bei dem Netzwerk eza!-partner. Über 100 Betriebe haben sich den eza!-partnern angeschlossen und sich zu einem Energiekodex, Weiterbildung und Qualitätssicherung verpflichtet. Viele dieser eza!-partner präsentierten heuer bei

den Altbautagen ihre Produkte und Dienstleistungen.

Wie Kemptens 2. Bürgermeister Josef Mayr bei seiner Begrüßung betonte, sei das Allgäu gut auf dem Weg zur Energiekompetenz vorangekommen. Seit der Gründung von eza! und mit Förderung der High-Tech Offensive Bayern sei vieles dort geschehen. Wichtig sei dabei auch stets die Abstimmung dieser Initiative im gesamten Regierungsbezirk Schwaben als Bestandteil des Kompetenzzentrums Umwelt Augsburg-Schwaben (KUMAS).

Energie-Schrittmacher

eza!, so Mayr, habe die Rolle als Schrittmacher für das Thema Energie übernommen und setze die Impulse für die Region und im Rahmen von KUMAS auch für den gesamten Regierungsbezirk. In diesem Zusammenhang verwies der Bürgermeister auch auf das eza!-Haus

Droht den Post-Agenturen in den Gemeinden das Aus?

Post-Modell Heiligenstadt/Oberfranken in Gefahr?

Heiligenstadt - Wegen der Änderung der Postagenturverträge hatte Bürgermeister Helmut Krämer vom Markt Heiligenstadt in das Bürgerbüro, wo auch die Postagentur untergebracht ist, eingeladen. Der Markt Heiligenstadt übernahm im Jahr 2000 die Postagentur, um sicherzustellen, dass in Zukunft Dienstleistungen der Post AG möglich sind. Mit dem neuen „Knebelvertrag“, den die Post der Marktgemeinde vorgelegt hat, droht Gefahr, dass dieses für den ländlichen Raum ideale Modell scheitert.

1999 schloss die Deutsche Post AG ihre Filialen, nun droht das gleiche Schicksal offenbar den Post Agenturen. Auch das sehr gut bewahrte Modell Heiligenstadt i. OFr., wo die Gemeinde die Postagentur mit eigenem Personal betreibt, ist in Gefahr. Grund, so Heiligenstadt's Bürgermeister Helmut Krämer, ist der neue Agenturvertrag, den die Post AG der Gemeinde vorgelegt hat. Es ist unerträglich, wie sich die Post nach und nach aus dem ländlichen Raum verabschiedet. In einem Pressegespräch forderte der Bürgermeister die Post auf, ihren Versorgungsauftrag ernst zu nehmen und den ländlichen Raum nicht abzuhängen.

„Partner-Verträge“

Die Deutsche Post AG legt derzeit allen Betreibern von Post-Agenturen neue „Partner-Verträge“ vor, die in der Summe eine geringere Vergütung um bis zu 30 Prozent vorsehen. Die Post begründet dieses Vorgehen mit notwendigen Sparmaßnahmen auf allen Ebenen. Werden die neuen

Partner-Verträge nicht akzeptiert, so droht die Post mit einer Kündigung der bestehenden Verträge. Dies ist auch die Situation in der Großgemeinde Heiligenstadt i. OFr.. Hier haben die politisch Verantwortlichen 1999 die Weichen für eine gute Zukunft der Post gestellt und nach der Schließung der Poststelle am 28. März 2000 die Postagentur ins Rathaus übernommen. Mit den Verantwortlichen der Post wurde dann vereinbart, die Postagentur in das neue Bürgerbüro aufzunehmen. Dies geschah nach der 1,2 Mio. DM teuren Sanierung. Damals, so Bürgermeister Krämer, wurden wir von der Post für die vorbildliche Postagentur im Bürgerbüro gelobt. Das Modell Heiligenstadt i. OFr. wurde sogar in der Postzeitung 1/2000 veröffentlicht. Wie der Bürgermeister weiter berichtete, wird die Postagentur von der Bevölkerung sehr gut angenommen. Die Umsatz- und Kundenzahlen haben sich sehr gut entwickelt. Umso mehr ärgert es die Verantwortlichen in der Gemeinde, dass sie, trotz höherer Umsätze nunmehr einen Vertrag

unterzeichnen sollen, der wesentlich geringere Provisionen vorsieht. Wenn die Post auf ihren neuen Vertrag besteht, verstehen die Verantwortlichen in der ländlich geprägten Tourismusgemeinde, aber auch die Postkunden die Welt nicht mehr. Denn zwischenzeitlich kommen bereits 37 Prozent der Postkunden aus den benachbarten Gemeinden. In Heiligenstadt i. OFr., so Krämer, stimmen Service und Öffnungszeiten. So ist auch Samstag Vormittag die Postagentur im Bürgerbüro von 9 bis 12 Uhr geöffnet. Von Montag bis Freitag dagegen von 7.30 bis 16.45 (außer Donnerstag hier ist die Öffnungszeit sogar bis 17.45 Uhr.

Hohe Investitionen

Heiligenstadt i. OFr. hat für den Erhalt der Postdienstleistungen viel investiert, verfügt über ein qualifiziertes Personal und hat mit der Post-Agentur im Bürgerbüro beste Voraussetzungen für einen zukunftsträchtigen Postbetrieb. „Wir wollten sicherstellen, dass auch in Zukunft Dienstleistungen der Post in der Großgemeinde mit 24 Gemeindeteilen möglich sind“, so Krämer. Diesen Weg sind auch andere Gemeinden in Bayern gegangen. Mit acht von zehn dieser Gemeinden ist Heiligenstadt's Bürgermeister in Verbindung. Er will mit Hilfe der Politik dafür sorgen, dass die Post ihren Versorgungsauftrag ernst nimmt und den ländlichen Raum nicht vernachlässigt. Nach der Post - Universaldienstlei-

sich bei Stress anders verhalten kann und dass Gewalt zu vermeiden keine Schwäche, sondern Charakterstärke bedeutet. Am Abschluss stand ein Rollentausch: Als Peter erneut auf dem „heißen Stuhl“ saß, musste er die Rollen tauschen und seine Tat aus Sicht seines Opfers schildern. Doch wie steht es um die Erfolgskontrolle von AAT? „Wir bekommen es im Alltag mit“, sagt der Schulsozialarbeiter Oliver Schlosser, „denn wir leben im Konradhaus mit diesen Jugendlichen zusammen.“ So fällt ihm zum Beispiel auf, dass die Teilnehmer an dem AAT-Kurs bei Reibereien unter den Jugendlichen schon mehrfach aufgefallen sind - nicht als Schläger, sondern als Schlichter. Oliver Schlosser berichtet, dass während zehn Jahren wissenschaftlicher Begleitung von AAT-Kursen in ganz Deutschland eine viel versprechende Erfolgsquote ermittelt worden ist: Bei durchschnittlich vier von sechs Jugendlichen konnte eine Verhaltensänderung erreicht werden - so wie bei dem 18-jährigen Peter. tze

Das Anti-Aggressivitäts-Training (AAT) hat seinen Ursprung in den Glen Mills Schools, einem privaten Internat für junge Gewalttäter in Pennsylvania/USA. Das Leben in Glen Mills: harter körperlicher Drill, beste Schulausbildung, modernste Werkstätten, Hochleistungssport und eine spezielle Pädagogik. Die Jugendlichen müssen einen umfangreichen Regelkatalog beachten, absoluten Gehorsam leisten, sie helfen und bewachen sich gegenseitig. Fast 70 Prozent der US-Absolventen werden nach ihrem Aufenthalt in Glen Mills nicht mehr straffällig. In Deutschland gehört das AAT in abgeänderter Form inzwischen auch zur sozialpädagogischen Praxis. Erstmals wurde es Mitte der 80er-Jahre in der Jugendstrafanstalt Hameln angewandt.



Bürgermeister Helmut Krämer übergibt in Hof ein Schreiben an Ministerpräsident Stoiber. Bild und Text: Georg Wolf

stungsverordnung ist die Post verpflichtet bundesweit mindestens 12.000 stationäre Einrichtungen zur Abwicklung von Postdienstleistungen vorzuhalten, von denen wiederum mindestens 5.000 mit unternehmenseigenem Personal zu betreiben sind. In jeder Gemeinde mit mehr als 2.000 Einwohnern muss eine Poststelle betrieben werden. In Gemeinden mit mehr als 4.000 Einwohnern muss eine Poststelle in der Regel im Umkreis von 2.000 Meter anzutreffen sein. Nach Auffassung des Bürgermeisters ist das derzeitige Vorgehen der Deutschen Post AG mit diesen Vorgaben nicht zu vereinbaren. Es läuft daraufhin aus, dass die gesetzlichen Vorgaben umgangen werden, indem die Post vorgibt, keine Betreiber von Post-Agenturen zu finden. Wie es in Heiligenstadt i. OFr. weitergeht weiß noch niemand. Bürgermei-

ster Helmut Krämer versicherte, dass er mit der Post ergebnislos verhandelt hat.

Kommunale Unterstützung

Heiligenstadt i. OFr. hat zwischenzeitlich Unterstützung vom Bayerischen Gemeindetag, vom Deutschen Städte- und Landkreisrat sowie vom Deutschen Städte- und Gemeindebund erhalten. In einem persönlichen Gespräch haben Bürgermeister Helmut Krämer und dessen Amtskollege Christian Meier aus Egloffstein Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber das Problem mit den neuen Post-Agenturverträgen und die damit verbundenen Folgen vorgebracht. Auch Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Klement und der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit im Deutschen Bundestag kennen

zwischenzeitlich das Heiligenstädter Problem, von dem in Bayern noch ca. zehn Kommunen betroffen sind.

Krämer zeigte durchaus Verständnis für die wirtschaftliche Lage der Deutschen Post AG, kritisierte jedoch die Art und Weise wie die Post AG mit ihren Vertragspartnern umgeht. Er hat seine Hoffnung, dass die Post AG noch einlenkt und mit den Kommunen verhandelt, noch nicht aufgegeben. Zum Einen sind die Kommunen zuverlässige Vertragspartner, zum Anderen ist das von der Post ins Feld geführte „win-to-win-Prinzip“ bei den Kommunen nicht anwendbar. Außerdem muss die Post 12.000 „Postdienste“ garantieren. Wenn die Post AG bei ihren Umstrukturierungsmaßnahmen ihre guten zuverlässigen Vertragspartner die Verträge kündigt, ist sie auf dem falschen Weg. z

Nur für harte Jungs:

Anti-Aggressivitäts-Training in Schelklingen

Handyverbot, weder Musik noch Alkohol und kein bisschen Freizeit, dafür 14 bis 16 Stunden am Tag ein Non-Stop-Programm in der Gruppe mit strengen Regeln. Wer nicht spurt, fliegt raus. Das Anti-Aggressivitäts-Training im St. Konradhaus in Schelklingen bei Reutlingen halten nur harte Kerls durch. Für viele ist es die letzte Chance, mit einer gewalttätigen Karriere Schluss zu machen, die sie über kurz oder lang hinter Gittern gebracht hätte.

Der 18-jährige Peter (Name geändert) stand kurz vor dem Rauswurf aus dem Konradhaus. In seiner Wohngruppe sorgte er für Ärger, in der Werkstatt ließ er seiner Zerstörungswut freien Lauf. Wenn Peter Stress hatte, wusste er sich zu wehren. Mit Drohungen und Gewalt. Einen Streit im Gespräch beilegen? Nicht sein Ding. Sein letzte Chance war die Teilnahme gemeinsam mit fünf weiteren Jugendlichen am ersten Kurs für das Anti-Aggressivitäts-Training (AAT) - ein neues Angebot im Schelklinger St. Konradhaus.

Nähe und Härte

AAT ist eine Form der Pädagogik, die den Gewalttäter unmittelbar mit seinen Taten und ihren Folgen konfrontiert. Mit einer Mischung aus menschlicher Nähe (Empathie) und unnachgiebiger Härte verfolgt AAT das Ziel, dass die Jugendlichen gewaltfreie Verhaltensweisen entwickeln. Theoretische Grundlage ist die Annahme, dass gewalttätiges Verhalten gelernt wurde und somit wieder abtrainiert werden kann. Und ein optimistisches Menschenbild: „Wir verurteilen das Verhalten, nicht den Menschen“, erläutert der Schulsozialarbeiter Oliver Schlosser. Gemeinsam mit dem Wohngruppenleiter Eduard Gassmann und dem Freizeitpädagogen Matthias Schropp hat er am renommierten Frankfurter Institut für Sozialarbeit und Sozialpädago-

gik eine 15-monatige theoretische und praktische Ausbildung zum AAT-Trainer durchlaufen. Dabei wurde das Trio zum Beispiel in einem Rollenspiel stundenlang Profis aus dem Sicherheitsdienst ausgeliefert, auch körperlich. „Das war sehr nahe an der Wirklichkeit“, erinnert sich Eduard Gassmann, „man muss selber wissen, was Gewalt bedeutet.“

Notwendige Einsicht

Diese Einsicht bekam auch Peter im AAT-Training vermittelt, das sich über ein halbes Jahr erstreckt und in vier Kursblöcke von zwei bis drei Tagen gliedert - weit ab vom Konradhaus, in einem abseits gelegenen Anwesen. Richtig hart zur Sache ging es für ihn, als er sich zweimal auf dem „heißen Stuhl“ vor der Gruppe und den Trainern für seine Taten verantworten musste. Nicht nur die Trainer, sondern vor allem die anderen Jugendlichen nahmen ihn regelrecht auseinander. Sie entlarvten, wie er seine Taten rechtfertigte, machten deutlich, dass er dafür die Verantwortung übernehmen muss und vermittelten Peter die Sichtweise seines Opfers. Dass dies mehr ist als eine pädagogische Spielerei zeigt die Erfahrung, dass nicht alle AAT-Teilnehmer die Sitzung auf dem „heißen Stuhl“ aushalten. Wer nicht besteht, muss wiederholen.

Im letzten Trainingsabschnitt zog Peter die Konsequenzen für seine Zukunft: Er lernte, wie er

Landratsamt Fürth nun mit Sitz in Zirndorf

Seit 18. Februar ist Zirndorf der neue Sitz des Landratsamtes Fürth. Der Umzug von rund 200 Mitarbeitern markiert für die Behörde den Aufbruch in ein verstärkt serviceorientiertes und modernes Zeitalter. Immerhin 30 Jahre lang war der Stressemannplatz in Fürth der Sitz des Landratsamtes. Dort reichte der Platz aber die letzten Jahre bereits nicht mehr aus, so dass Nebenstellen in angemieteten Büros untergebracht werden mussten.

„Mit dem Umzug in das neu gebaute Landratsamt am Zirndorfer Pinderpark schreiben wir ein Stück Landkreisgeschichte, denn gleichzeitig verlagert sich auch der Sitz des Amtes in unseren Landkreis“, freut sich Landrätin Dr. Gabriele Pauli, „die modernen Arbeitsplätze in Zirndorf werden zu einem effizienteren Ablauf vieler Bearbeitungsvorgänge beitragen.“

Das neue Landratsamtsgebäude in Zirndorf ist in erster Linie ein Zweckbau in modernem Kleid, der die Bedürfnisse der darin Tätigen wie auch die „amtsspezifischen“ Ansprüche der Landkreiseinwohner an den „Dienstleister“ Landkreis Fürth erfüllen soll. Der Neubau, der knapp 14 Millionen Euro kostet, erstreckt sich auf drei Flügel mit rund 10.000 m² Bruttogeschossfläche, 4.900 m² Bürofläche und 33.000 m³ umbauten Raum.

Trotz europaweiter Ausschreibung waren 13 Prozent der am Bau beteiligten Firmen aus dem Landkreis Fürth und sogar 50 Prozent aus Mittelfranken. Aber nicht das ganze Amt zog um. Der Stressemannplatz in Fürth bleibt weiterhin „Außenstelle“. In diesem bisherigen Amtsgebäude in Fürth, das nun ebenfalls modernisiert werden soll, verbleiben die Abteilung 2 „Kommunale und soziale Angelegenheiten“ und somit auch die Auszahlung der Sozialhilfe sowie das staatliche Schulamt. Nach

Oberpfalz:

Starke Bande nach Tschechien

Genau 99 oberpfälzische Kommunen unterhalten derzeit Partnerschaften mit ausländischen Kommunen. An der Spitze stehen dabei die Partnerschaften mit tschechischen Kommunen, nämlich 22. Dann kommen die Partnerschaften mit französischen Kommunen mit 21 und die mit österreichischen Kommunen mit 20.

Es handelt sich dabei durchaus nicht nur um Städtepartnerschaften, sondern auch um Partnerschaften mit Landkreisen oder Märkten.

So ist der französische „Canton de Maintenon“ Partner des Landkreises Amberg-Weilburg. Mit französischen Kommunen unterhalten auch die Märkte Kallmünz, Bruck i.d.Opf. und Schierling Partnerschaften.

Mit italienischen Kommunen bestehen zehn Partnerschaften,

mit englischen fünf, mit ungarischen vier, schweizerischen drei und polnischen zwei.

Doch die Oberpfälzer sind durchaus weltoffen. So besteht jeweils eine kommunale Partnerschaft nach den Ländern Belgien, Dänemark, Griechenland, Irland, Israel, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Slowenien, Spanien, Ukraine und in die USA. Allerdings brennen viele der Partnerschaften bei der derzeitigen Finanzmisere der Kommunen nur auf Sparflamme. **WZ**

Kreistag entschied sodann, die alten Gebäude abzureißen und einen Neubau zu realisieren, der zum Campus-Charakter des Pinder-Areals passt“, erinnert Landrätin Pauli an den letztendlich ausschlaggebenden Kreistagsbeschluss.

Landkreis als Dienstleister

Die Abbrucharbeiten begannen bereits ein Jahr später, im Juli 2000. Erhalten blieb der markante Turm des Pinder-Areals, der nun von modernen Bürogebäuden der Stadtentwicklungsgesellschaft Zirndorf auf der einen Seite und vom neuen Landratsamt auf der anderen Seite eingerahmt wird. Der Spatenstich für die neue Behörde erfolgte im Februar 2001, der Grundstein wurde im Mai 2001 gelegt, Richtfest im Oktober 2001 gefeiert.

„Wir können sicher gehen, dass das neue Amt sowohl die Herausforderungen einer modernen Verwaltung als auch die Erwartungen unserer Bürgerinnen und Bürger erfüllt“, so Gabriele Pauli. Der Landkreis Fürth wolle sich in dem neuen Gebäude verstärkt als Dienstleister präsentieren. Auch die Möglichkeit, verschiedenste Angelegenheiten

6. Lichtenfelser Sonnentage

Der Landkreis Lichtenfels wird heuer bereits zum sechsten Mal auf die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten und verschiedenartigen Fördermöglichkeiten erneuerbarer Energien hinweisen. Aus diesem Grund finden die „6. Lichtenfelser Sonnentage“ am Samstag, den 19. Juli 2003, auf dem Gelände des Landratsamtes statt.

Immer mehr Bauherren und Hauseigentümer setzen auf regenerative Energien. Dies hat die große Nachfrage nach den Förderprogrammen des Landkreises in den vergangenen Jahren gezeigt. Allein die Zahlen für das Jahr 2002 zeigen eine stolze Bilanz: So wurden 48 Sonnenkollektoranlagen und 46 Photovoltaikanlagen vom Landkreis Lichtenfels bezuschusst. 128 Anlagen - insbesondere Sonnenkollektor-, Biomasse- und Wärmepumpenanlagen - wurden mit zinslosen Darlehen gefördert.

Arbeitsplätze

Die mit der Errichtung dieser Anlagen verbundenen Gesamtinvestitionskosten von ca. 3,8 Mio. Euro tragen nicht nur zum Wirtschaftswachstum bei, sondern schaffen auch Arbeitsplätze beim Handwerk vor Ort.

Welche Neuheiten und Weiterentwicklungen es auf dem

über das Internet von zu Hause erledigen zu können, anstatt im Amt vorbeikommen zu müssen, soll am neuen Standort für die Bürger ausgebaut werden. „Wir wollen dazu beitragen, dass die Wege nicht nur kürzer werden, sondern auch viele Wege - so weit möglich - gänzlich überflüssig werden“, betont die Landrätin. Wer doch persönlich in den Pinderpark kommen muss, findet sich durch viele Hinweistafeln, die momentan in dem „T“-förmigen Gebäude angebracht werden, schnell zu recht. Das neue Landratsamt wird von einer großflächigen Glas- und Aluminiumkonstruktion dominiert. Dementsprechend hell und freundlich wirkt der gesamte Bau.

Das Amt ist sowohl mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch mit dem Auto gut zu erreichen. Das Problem der Parkplatzsuche wie in Fürth stellt sich am neuen Amt nicht. Direkt am Nordausgang des Amtsgebäudes befinden sich 180 Kfz-Stellplätze, 25 Fahrrad- und 10 Motorrad-Abstellplätze. Diese können aber erst im Frühjahr vollständig angelegt werden, wenn der Schnee weggetaut ist. Das neue Landratsamt in Zirndorf ist außerdem bereits seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2002 mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Dazu wurden Haltestellen in unmittelbarer Nähe neu eingerichtet und das Buslinienetz in Zirndorf umgestaltet.

Doris Kirchner



Erster Arbeitstag: Abteilungsleiter kochen für Mitarbeiter.

Foto: Beck

Hohe Auszeichnungen für Kommunalpolitiker

Bundespräsident Johannes Rau hat Ruth Bauer mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und Emmeram Batz, Dr. Xaver Bittl und Karl Forster mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt. Innenstaatssekretär Hermann Regensburger überreichte die hohen Auszeichnungen in München.

Ruth Bauer (70) aus Kitzingen engagiert sich seit über drei Jahrzehnten in außergewöhnlicher Weise in einer Vielzahl von Ehrenämtern im kommunal- und gesellschaftspolitischen sowie im sozialen Bereich. Seit 1978 ist Frau Bauer Mitglied im Kreistag von Unterfranken und seit 1984 Mitglied im Kreistag von Kitzingen, davon 12 Jahre Fraktionsvorsitzende. Zu den Schwerpunkten ihrer Arbeit zählten die Bereiche Sozialpolitik, Familienpolitik, die Gleichstellung von Mann und Frau in Familie und Gesellschaft, die Anerkennung von Erziehungsleistungen, Frauenförderung und das Miteinanderleben der Generationen. Von 1993 bis 1999 war sie CSU-Kreisvorsitzende in Kitzingen. Im Jahr 1994 wurde sie als erste Frau in das Präsidium des Bayerischen Landkreistages berufen.

Sein Engagement belegen zahlreiche Infrastrukturmaßnahmen.

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Peter Müller

Jens Korn (KPV)
Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) €27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und
Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse
GmbH, Geschäftsführer:
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird
Recycling-Papier verwendet.

Ottobeuren:

Bürgermeister Schäfer bestätigt

Bürgermeister in der Unterallgäuer Gemeinde Ottobeuren bleibt für weitere sechs Jahre Bernd Schäfer. Der CSU-Politiker erhielt am vergangenen Sonntag bei der Bürgermeisterwahl 63 Prozent der Stimmen. Herausforderer Rainer Tiltscher (Bürgerforum Ottobeuren) kam auf 37 Prozent. An der Wahl beteiligten sich etwa 65 Prozent der rund 6100 Wahlberechtigten, die Beteiligung war damit im Vergleich zu früheren Wahlen eher niedrig. Schäfer hatte das Amt 1997 übernommen.

OB Döhla fordert kommunales Investitionsprogramm

Aufgrund der aktuellen Diskussion um ein kommunales Investitionsprogramm für Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit hat sich Oberbürgermeister Dieter Döhla direkt an Bundeskanzler Gerhard Schröder gewandt und betont, dass finanzschwachen Gemeinden nur ein Programm helfen kann, das keine Eigenanteile bei der Finanzierung von Vorhaben voraussetzt. Gleichzeitig hat er für die Stadt Hof Bedarf an Mitteln aus einem solchen Investitionsprogramm angemeldet. Sein Schreiben im Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, heute wird intensiv über ein Investitionsprogramm für die Kommunen diskutiert. Viele Gemeinden warten seit langem darauf, der Spirale aus sinkenden Einnahmen und gestiegenen Anforderungen zu entkommen. Gleichzeitig - Ursache und Folge sind nicht mehr zu trennen - fehlen den örtlichen Firmen vor allem im Baubereich die Aufträge mit den daraus resultierenden Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte und den Arbeitsmarkt.

Keine Kofinanzierung!

Ein Investitionsprogramm wird gerade den Gemeinden helfen können, die wegen nicht mehr vorhandener Eigenanteile keine Investitionen mehr tätigen können. Das ist das erste Anliegen meines Schreibens. Den besonders betroffenen Kommunen kann nur geholfen werden, wenn das Investitionsprogramm keine Kofinanzierung fordert. Wenn dem so wäre, kämen - wie sonst auch - nur die Städte

Landfrauentag des Bauernverbandes in Forchheim:

Aktiv in Kommunalpolitik und Kirche

Aus der Sicht der bäuerlichen Interessenvertretung ist das Engagement der Bäuerinnen im und für den ländlichen Raum unverzichtbar. Dies betonte die neue bayerische Landesbäuerin Annemarie Biechl vor 500 Frauen des Forchheimer Landes in der Jahn-Kulturhalle. Bei dem Forchheimer Landfrauentag begrüßte es die ehemalige Rosenheimer Kreisbäuerin, dass die „Medien und die Gesellschaft wieder ein offeneres Ohr für die Argumente der Landwirtschaft haben“.

Annemarie Biechl sieht im Zusammenhang mit der Osterweiterung der Europäischen Union weitere große Einschnitte in das europäische Wirtschaftssystem und forderte eine Bündelung aller Kräfte in der Landwirtschaft.

Immer stärker bekomme man tagtäglich zu spüren wie eng die Situation für unsere bäuerlichen Familien geworden sei, so die Landesbäuerin und illustrierte die Ausbildungssituation am Beispiel: Der Beruf Landwirt ist einer der anspruchsvollsten Ausbildungsberufe. In Bayern lernen zu wenig Jugendliche landwirtschaftliche Berufe und die Ausbildungszahlen gingen in den letzten Jahren ständig zurück. 1998/99 verzeichnete man 548 Auszubildende im BGJ-Agrarwirtschaft und 2001/2002 nur noch 465. Doch für 2002/2003 könne man wieder einen Anstieg von knapp 20 Prozent auf 554 Auszubildende verzeichnen. In der Hauswirtschaft sind die Zahlen erheblich niedriger. In der Ausbildung zur Hauswirtschafterin als Beruf der Landwirtschaft befinden sich derzeit 91 Auszubildende, davon sind 61 Berufsanfängerinnen.

Die wirtschaftlichen, aber auch gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erfordern hervorragend ausgebildete Landwirte und Bäuerinnen, so die Landesbäuerin. Die Zukunft auf den landwirtschaftlichen Betrieben sei nur zu sichern mit einem ausreichenden optimal ausgebildeten Berufsnachwuchs.

„Auch wenn die Rahmenbedingungen nicht einfach sind

zum Zug, die noch über freie Mittel verfügen. Die Folge wäre, dass die Schere zwischen armen und reichen Kommunen und Landstrichen noch weiter auseinander klafft.

Keine Eigenmittel

Wir erleben es in der Stadt Hof seit Jahren, dass die mit häufig großer Öffentlichkeitswirkung präsentierten Programme nicht zu nutzen sind, weil keine Eigenmittel zur Verfügung stehen. Ich erinnere an die Fördermaßnahmen zur Ausstattung von Schulen mit Computern. Den Nutzen haben die Städte, die noch über freie Mittel verfügen.

Investitionsstau

Erst vor drei Wochen hat der Stadtrat den Haushalt 2003 beschlossen, der keinerlei Investitionsspielraum mehr enthält. Ganz im Gegenteil: Schulen und andere öffentliche Gebäude werden nicht mehr sachgerecht unterhalten und der Straßenun-

terhalt verdient diese Bezeichnung nicht mehr. Wir rechnen im Moment mit einem vorläufigen und unseren bescheidenen Möglichkeiten orientierten Investitionsstau von 65 Mio. Euro.

Dringliche Projekte

Unsere dringend nötigen Projekte (Schulsanierungen, Straßen- und Kanalsanierung, Ausbau des Flughafens Hof-Plauen als Infrastrukturmaßnahme für die wirtschaftliche Entwicklung, Sanierung der Freiheitshalle usw.) müssen wir seit Jahren vor uns herschieben. Bereits in der Planung bis zur Vergabe vorangetrieben ist der 2. Bauabschnitt der Sanierung der Feuerwache der Freiwilligen Feuerwehr Hof. Der Baubeginn rückt wegen fehlender Finanzmittel in weite Ferne. Hier wären sofortige Effekte auf dem regionalen Arbeitsmarkt zu bewirken.

Kahlschlag

Wo wir Kosten reduzieren konnten, haben wir das bereits getan. Die nächste Stufe heißt Kahlschlag. Weil wir es gewohnt sind, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sparsam umzugehen, haben wir kein Problem bei den Ausgaben - wir haben ein Problem bei den Einnahmen, auf die wir selbst keinen Einfluss haben.

Dabei gehört es in die Sparte der skurrilen Regelungen, dass eine Stadt wie Hof, die eine Arbeitslosenquote von 15,7% zu beklagen hat, einen Solidarbeitrag von 3,6 Mio. Euro im Haushalt 2003 ansetzen muss. Darin sind ca. 500.000 Euro Flutopferhilfe enthalten.

Gegen verbilligte Kredite

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, aus verschiedenen Quellen wird die Hoffnung gespeist, dass ein kommunales Investitionsprogramm geplant ist, das angesichts dramatischer Einbrüche auf der Einnahmenseite den Städten und Gemeinden wirklich helfen könnte. Ich möchte Ihr Augenmerk in diesem Zusammenhang auf die oben beschriebene Problematik richten, dass nur Lösungen ohne Eigenanteil den finanzschwächeren Kommunen helfen

Engagement der Bäuerinnen in Bayern: Von 144 Kreisbäuerinnen und stellvertretenden Kreisbäuerinnen sind fast ein Drittel im Kreistag ihrer Landkreise vertreten. Gut 20 Prozent sind darüber hinaus im Stadt- oder Gemeinderat aktiv. Mittlerweile wird die Landfrauengruppe des BBV durch drei Landtagsabgeordnete und eine Bundestagsabgeordnete repräsentiert.

Annemarie Biechl zeigte in Forchheim auch interessante Aktionen der oberbayerischen Landfrauenchöre in Stadtpfarreien Münchens auf. Die Chöre treten nach dem Gottesdienst beim anschließenden Frühstücken auf und helfen damit, manches Vorurteil abzubauen. Über die mitgebrachten Produkte konnte die Brücke vom Erzeuger zum Verbraucher geschlagen werden.

Die Referentin zeigte in Forchheim auch auf: In vielen Dörfern und Gemeinden sind es die Bäuerinnen, die den Jahresfestkreis aktiv mitgestalten und auch immer wieder Anstöße zur Erneuerung von altem Brauchtum geben. Beispiele: Kräuterbuschen und Erntedank. **Franz Och**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Wieder reitet einer ein Modethema zu Grunde. Mich wundert nur, dass heute einer schneller war als Fanny.“ Mein Chef, der Bürgermeister, stieß bei der Lektüre der neu eingegangenen Einzelanträge für den Stadtrat auf ein Kuriosum. Unser alternativer Stadtratseinzelnkämpfer hat eine „Citymaut“ für Autos, Laster und Motorräder beantragt.

Auslöser waren offensichtlich Berichte in allen Zeitungen, wonach London eine Regelung erlassen hat, welche die Einfahrt in die Innenstadt nur gegen ein Eintrittsgeld von 8 Euro erlaubt. Nicht erstaunlich war, dass diese Nachricht bei Fanny Bacher nicht auf fruchtbaren Boden fiel, ist sie doch eine ausgewiesene Autofetischistin, die bei der Sparkasse schon die Installierung eines Autoschalters mit Bankomat durchgesetzt hat, damit sie Geld abheben kann, ohne sich aus ihrem roten



stimmten Größe ausdehnt und dann alles wieder zusammen schrumpelt. Wahrscheinlich haben wir diesen „Point of return“ jetzt erreicht und die Geschichte entwickelt sich nach rückwärts. Die Aktien kosten soviel wie zuletzt vor acht Jahren, kluge Juristen und Publizisten zerbrechen sich wie im 16. Jahrhundert den Kopf, wen man wann wie foltern darf und der Straßen- und Brückenzoll gilt als Inkarnation moderner Verkehrspolitik.

Es ist schon wirklich erstaunlich, wie wenig der zivilisatorische Fortschritt in unserem Bewusstsein verankert ist, der darin liegt, ohne prohibitorische Gebühren von A nach B zu kommen. Wenngleich - die Österreicher mit ihrem Picklerl, die Italiener mit ihren Mauthäusern und die Bundesregierung mit ihrer Ökosteuern sind Vorkämpfer des Zuhausebleibens. Und dafür, dass nur wirklich wichtige Fahrten in die Innenstadt mit dem Auto gemacht werden, sorgt doch schon der Parkticket-Automat, der die Gebühren bereits heute nur in Euro und nicht in Cent angibt.

Denn eines ist richtig: Wer kann, soll den Bus benutzen. In die Stadt mit dem Auto fahren sollte nur, wer es aus beruflichen, sonstigen wirtschaftlichen Gründen oder weil er behindert ist, auch unbedingt braucht. Aber große Gebührenkeulen und Zollhäuschen an die Einfallsstraßen der Stadt - nein Danke.

Mein Chef wird dafür sorgen, dass der Antrag eine Beerdigung siebter Klasse (Leiche hält die Kerze selbst) erhält. Dafür lege ich ihm das heutige Kalenderblatt mit einem Satz von Hebbel auf den Schreibtisch: „Der Philister hat oft in der Sache recht, nie in den Gründen.“

Kurioser Antrag auf „Citymaut“

Cabrio erheben zu müssen. Zur Zeit nervt sie die Zentrale eines Burger-Braters mit ihrer Idee, ein Drive-In zwischen Gewerbegebiet Süd und Spaßbad zu errichten.

Ein Fahrrad fahrender Sojabratling-Freak mit Rastalöckchen und selbst gewebtem Poncho fährt auf Mobilitätsbremsen aller Art aber natürlich voll krass ab und weil der Ausdruck so hübsch ist, will er den Wegezoll natürlich auch Citymaut nennen, obwohl wir nur eine mittlere bayerische Kleinstadt sind und unser Bankenviertel sich durch Filialen der großen Geschäftsbanken und der Post auszeichnet, die sich um die Sparkassen- und Raiba-Hauptverwaltungen gruppieren.

Wenn man alles das so liest und hört, glaubt man wirklich manchmal an die Theorie des Astrogenies Stephen Hawkins, der davon ausgeht, dass sich das Universum bis zu einer be-

fen werden. Auch verbilligte Kredite können die Finanznot nicht lindern.

Erhoffter Anschub

Aber ich erhoffe mir von einem kommunalen Investitionsprogramm einen wirklichen Anschub für die mittelständischen Unternehmen, die besonders mit Sanierungsaufträgen auch eine Chance haben, zum Zug zu kommen. Die positiven Auswirkungen auf den Arbeits-

markt sind vorhersehbar.

Elementare Bedürfnisse

Wie immer die Grundlage einer Förderung konkret aussehen mag: Die Stadt Hof, die direkt dem Fördergefälle zu den neuen Bundesländern und der Nähe zum Niedriglohnland Tschechien sowie besonderen Belastungen in Verbindung mit den Strukturkrisen in der Textil- und Keramikindustrie ausgesetzt ist, bleibt darauf angewiesen, für

Kunstnetz im Landkreis Miltenberg:

Gezielte Förderung der Kreativität

„Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit“: Diesen Ausspruch von Karl Valentin unterstützt Miltenbergs Landrat Roland Schwing nachdrücklich. Allerdings müsste man den Spruch seiner Meinung nach erweitern und noch hinzufügen - „...macht aber auch viel Spaß“. Dass Kinder und Jugendliche viel Spaß im Umgang mit Farben und dem Bearbeiten der verschiedensten Materialien haben, konnte der Landkreis Miltenberg bereits in den vergangenen beiden Jahren feststellen. Nun geht das Projekt „Kunstnetz“ in das dritte Jahr seines Bestehens.

Viele Kinder und Jugendliche haben mittlerweile die Vorzüge von kleinen und effektiven Workshops mit gezielter Betreuung und Anleitung genossen. Aber auch Projekte mit ganzen Schulen oder in der freien Natur haben Ihre Vorzüge.

Enger Kontakt mit Schulen

Da die Förderung der Kreativität für den weiteren Lebensweg genauso wichtig ist wie die Vermittlung von Wissen, ist das Kunstnetzteam immer auf der Suche und bemüht, mit dem „Netz“ viele Menschen, Künstler und Ideen einzufangen und zu realisieren. Im Laufe dieses Jahres wird das Team daher in noch engeren Kontakt mit den Schulen und Lehrern treten. Außerhalb der Workshops sind Aktionen wie Diskussionspodien über spezielle Themen und Führungen geplant.

konkrete Investitionsvorhaben direkte Finanzhilfen zu erhalten. Diese Vorhaben betreffen keine Luxusprojekte, sondern elementare Bedürfnisse. Im Hinblick auf die EU-Osterweiterung werden zusätzliche weitere Belastungen auf uns zukommen, die nicht nur den Menschen Sorge bereiten.

Im Namen der Bürgerschaft unserer Stadt möchte ich hiermit Bedarf für Mittel aus einem kommunalen Investitionsprogramm anmelden.“

dabei altersgerecht in die Ausstellung eingeführt und unter der Anleitung von Künstlern entstehen im Rahmen der Führung eigene Bilder.

Wissen an Jugendliche weitergeben

Laut Schwing gehen nicht nur die Kinder, sondern auch die Leiter der Workshops mit Begeisterung ans Werk - „alleamt Künstler aus unserer Region, die ihre eigenen Ateliers öffnen oder Plätze in der Natur suchen, um ihr Wissen an unsere Jugendlichen weiterzugeben“. Das Kunstnetz bietet somit allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei den verschiedenen Workshops die Möglichkeit, den Umgang mit Kunst spielerisch zu erlernen und das noch durch „Profis“ auf den jeweiligen Gebieten.

Allerdings, so Schwing, sei ohne die finanzielle Unterstützung der Sparkasse Miltenberg-Obernburg und des Bezirks Unterfranken, die als Hauptsponsoren fungieren, das Projekt nicht denkbar. Der Hauptdank gebühre dem Leitungsteam des Kunstnetzes mit Walter Rosam an der Spitze, das ehrenamtlich mit viel Herzblut als Motor des Kunstnetzes agiere. **DK**

the Sabrina

Agenda 21-Tag in Bayreuth:

Voneinander lernen in Oberfranken

„Dass es uns heute so gut geht und wir auf eine intakte Umwelt sowie gesunde Lebensbedingungen zurückgreifen können, dafür wurde der Grundstein bereits von Generationen vor uns gelegt. Heute sind wir gefordert, unser Umfeld so zu gestalten, dass auch die Bedürfnisse künftiger Generationen zu ihrem Recht kommen“, betonte der stellvertretende Regierungsvizepräsident von Oberfranken, Wilhelm Wenning, anlässlich der Regionalveranstaltung „Agenda 21 - Voneinander lernen in Oberfranken“. Der Tagung in Bayreuth wohnten fast 200 Besucher aus allen Teilen Bayerns bei. Im Rahmen einer Ausstellung im Landratsamt demonstrierten 40 Agenda-Projekträger aus oberfränkischen Gemeinden, Landkreisen und Städten, welche verschiedenartigen Ansatzpunkte hierfür in Frage kommen.

Dass die soziale Umwelt einen ebenso hohen Stellenwert wie die ökologische und ökonomische Umwelt haben muss, erläuterte Dagmar Bürzle, Agendabeauftragte des Marktes Neunkirchen am Brand, in einem von drei sog. Impulsreferaten. Aufbauend auf der praktischen Arbeit des Arbeitskreises Soziales expandierte der Agendaprozess in Neunkirchen, so die Marktgemeinderätin. Sie wolle mit ihrem Engagement andere Gemeinden

ermutigen, einen ähnlichen Weg zu gehen. Gemeindeentwicklung habe nur dann eine Zukunft, „wenn Bürger, Verwaltung und Politik an einem Strang ziehen“. Der Agendaprozess biete dazu einzigartige Chancen. An bereits verwirklichten Projekten in Neunkirchen nannte die seit der letzten Kommunalwahl tätige Agendabeauftragte u.a. die Stätte der Begegnung - einen Park für alle Neunkirchner, das Neunkirchner Erzählcafé, die Rad-

gruppe 50+, einen Computerkurs für Seniorinnen, einen Wegweiser für junge Familien sowie die Teilnahme an bundesweiten Wettbewerben. Derzeit gründen sich in Neunkirchen weitere Arbeitskreise zu den Themen „Integrative Behindertenarbeit“, „Jugend“ und „Eine Welt“.

Apfelsaft aus dem Bamberger Land

„Regionalvermarktung - Apfelsaft aus dem Bamberger Land von ungespritzten Streuobstwiesen“ lautete das Thema des Vortrags von Georg Bogensperger, stellvertretender Landrat und erster Bürgermeister des Marktes Burgebrach. In den 60er, 70er und 80er Jahren wurde nach seinen Angaben ein Großteil der Streuobstwiesen im Bamberger Land beseitigt, da es sich nicht mehr lohnte, das Obst zu vermarkten. Vor diesem Hintergrund startete der Landkreis in Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen im Herbst 1997 das Projekt zur Direktvermarktung von Streuobst-Apfelsaft aus dem Bamberger Land. Den Obsterzeugern wird für ihre Äpfel ein Preis gezahlt, der über dem üblichen Marktpreis liegt. Voraussetzung für dieses Aufpreismodell

ist, dass die Streuobstwiesen nicht gedüngt und die Äpfel nicht mit chemischen Spritzmitteln behandelt werden.

Im Landkreis bzw. in der Stadt Bamberg gibt es 15 Verkaufsstellen. Betreut wurde das Projekt durch eine vom Arbeitsamt geförderte Mitarbeiterin des Landratsamtes. Während der Projektführung durch den Landkreis Bamberg wurden in den drei Jahren insgesamt etwa 35.000 Liter Apfelsaft produziert und verkauft. Im Jahre 2000 wurde die Bamberger Streuobst GbR mbH gegründet. Sie besteht aus vier Gesellschaftern, die nun in privatrechtlicher Form die Organisation und Vermarktung des Apfelsaftes übernommen haben. In den Jahren 2000 bis 2002 wurden durch die Streuobst GbR insgesamt etwa 56.000 Liter Apfelsaft erzeugt. Vergangenes Jahr nun wurde die Gesellschaft im Rahmen des Wettbewerbs „natürlich regional“ vom Naturschutzbund NABU und dem Deutschen Verband für Landschaftspflege ausgezeichnet.

Mit „Frankenwald mobil“ wird schließlich in den Landkreisen Kronach, Hof und Kulmbach, im Naturpark Frankenwald sowie im Landkreis Coburg ein neuer Weg in der zukunftsfähigen ÖPNV-Entwicklung beschritten. „Frankenwald mobil“ erschließt laut Willi Fehn, Regionalmanager Landkreis Kronach, mit seinen Bahnen und Erdgas-

bussen attraktive Ausflugsziele, um das dort hohe Verkehrsaufkommen im Individualverkehr an den Wochenenden in der Saison vom 27. April bis 6. Oktober zu reduzieren. Konkret bietet das Projekt u.a. einen familienfreundlichen Fahrpreis, eine Netzkarte für den Bereich des gesamten Bus- und Bahnnetzes, die Möglichkeit, an den meisten Haltestellen Fahrräder zuzuladen bzw. zu entladen, die Vernetzung des Bus-Fahrplans mit dem Fahrplan von DB Regio und damit die Ergänzung und Erweiterung der von den beteiligten Landkreisen ermöglichten kostenlosen Radmitnahme in den Nahverkehrszügen. Das Bus- und Bahnnetz „Frankenwald mobil“ wurde vergangenes Jahr mit dem Bayerischen ÖPNV-Preis ausgezeichnet.

Nachahmen erwünscht

Mit der Regionalveranstaltung hat die Regierung von Oberfranken den Auftakt für eine Reihe von gemeinsamen Treffen auf oberfränkischer Ebene zum Thema „Agenda 21“ eingeläutet. „Als Ideenbörse wollen wir einen umfangreichen Erfahrungsaustausch aller Beteiligten anregen. Nachahmen ist hier nicht verboten, sondern ausdrücklich erwünscht, denn wir wollen voneinander lernen, wie gute Projekte auch andernorts erfolgversprechend verwirklicht werden. Die

Einbindung von engagierten und beherzten Bürgern in die Verbesserung der Lebensqualität auf lokaler Ebene ist das beste Gegenmittel gegen Politikverdrossenheit, Zukunftsangst und Pessimismus“, so Wilhelm Wenning.

Im Vorfeld der Regionalveranstaltung der Regierung von Oberfranken hatte Umweltminister Dr. Werner Schnappauf im Rahmen des bayernweit ausgelobten Wettbewerbs „Zukunft erfolgreich gestalten“ bereits die sechs besten bayerischen Agenda-Projekte ausgezeichnet. Zu den Preisträgern zählen die Gemeinde Ascha, Landkreis Straubing-Bogen („Von der Dorferneuerung zur nachhaltigen Kommunalentwicklung“), die Gemeinde Burgkirchen a.d. Alz, Landkreis Altötting („Themenwege für Einheimische und Gäste“), der Landkreis Berchtesgadener Land (Aktionsbündnis „Sonnenstrom vom Watzmann bis zum Wendelstein - 37 Bürgersolarkraftwerke“), die Stadt Dietfurt a.d. Altmühl, Landkreis Neumarkt i.d. Oberpfalz („Umweltdenken greifbar machen - Umwelttage greifen regionale Brennpunkte auf“), die Bismarck-Schule Stadt Nürnberg („Wir handeln für unsere Zukunft - Eigenverantwortung als Zukunftsrezept in der Hauptschule“) sowie die Stadt Lauingen a.d. Donau, Landkreis Dillingen a.d. Donau („Internationales Austauschprogramm Lauingen-Lagos“). **DK**

Vorschau auf GZ 7

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 7, die am 27. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Kommunalfinanzen
- ◀ Wasserversorgung · Wasserentsorgung
- ◀ Umwelt- und Abfalltechnik
- ◀ Kommunale Museen